

Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Peitzelle oder deren Raum 200 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 208. Dienstag, den 6. September 1921. 28. Jahrgang.

Bayern vor der Wahl.

Berlin, 5. Septbr. (Eig. Drahtbericht.) Die bayerische Regierung muß sich bis Dienstag, spätestens Mittwoch, über ihre Haltung den Anordnungen des Reiches und der Aufhebung des Ausnahmezustandes gegenüber endgültig entschieden haben. Die Reichsregierung hat diese, wenn auch nicht direkt ultimative, immerhin begrenzte Frist gestellt, weil sie entschlossen ist, den außerordentlichen Zuständen in Bayern auf gutem Wege ein Ende zu machen, und um aus dem Stadium der Ungewißheit baldmöglichst herauszukommen. Nach den jüngsten Äußerungen der bayerischen Presse zu urteilen, ist man von einer Verständigung zwischen Bayern und dem Reiche noch weit entfernt, und es wird der Ansicht erweckt, als wenn die bayerische Regierung nicht daran denke, sich auf gutem Wege mit der Reichsregierung zu verständigen. Wir glauben, daß diese bayerischen Presseäußerungen weniger ernst zu nehmen sind, zumal auch Herr Kahr selbst genau weiß, daß sein Kabinett nicht das stärkste ist, und daß auch unter den Ministern die Meinungen über die einzuschlagende Haltung auseinandergehen. U. E. werden die kommenden Tage eine Verständigung herbeiführen, trotz der kaum glaublichen Haltung eines Teiles der Münchener Presse, die vor Beginn des Rückzugsgeschlechtes noch den notwendigen, von Kahr geforderten Marschlag schlagen muß. Insbesondere die augenblickliche Schlagart spricht geradezu für eine Verständigung. Die bayerischen Demokraten haben nicht die Absicht, sich den Anordnungen des Reiches zu widersetzen, sondern die maßgebenden demokratischen Führer vertreten die Anschauung, daß unter allen Umständen dem Erlaß der Reichsregierung Geltung zu verschaffen ist. Insbesondere aber wird die Haltung der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien zu einer Vereinbarung auf gutem Wege beitragen. Dem Ministerium Kahr wird es inzwischen bekannt geworden sein, daß die vorbereitenden Maßnahmen von der Arbeiterschaft zur Unterstützung der Reichsregierung getrieben sind, und daß nicht nur die Arbeiter Bayerns, sondern die des ganzen Reiches eingreifen werden, wenn die Zeitumstände es gebieten. Inzwischen machen sich in der Pfalz übrigens auch Abfallsdrohungen geltend, die verwirklicht werden sollen, falls die bayerische Regierung den Konflikt wünscht. Hierzu kommt noch eine Reihe anderer politischer Momente, die das Ministerium Kahr zur Vernunft mahnen. Wir können auch heute nur wieder betonen, daß die Reichsregierung nicht mit sich spielen lassen wird, sondern entschlossen ist, ihren Anordnungen Geltung zu verschaffen. Der Ausnahmezustand in Bayern wird und muß fallen, auch ohne das Einverständnis der bayerischen Regierung. Bevor man es zu einer Machtfrage kommen läßt, sollte man sich in München darüber klar werden, daß die Macht preussischer Offizierscliquen, die heute in München am Ruder sind, auch noch gebrochen werden kann, und daß der Weg der Verständigung insofern immer besser ist, als die Austragung einer Machtfrage, die doch nur zugunsten des Reiches enden kann.

teinerstand Hermann Müller und Otto Wels teilnahmen. Gegenstand eingehender Beratungen war der Konflikt zwischen der bayerischen und der Reichsregierung, der in den nächsten Tagen eine Lösung verlange. Es besteht kein Zweifel, daß die bayerische Arbeiterschaft geschlossen hinter der Reichsregierung steht und bereit ist, sie mit allen Mitteln zu unterstützen. Die sozialistischen Parteien Bayerns fordern, daß dem reichsfeindlichen Treiben der preussischen Offizierscliquen in München sofort ein Ende bereitet wird. Die bayerische Arbeiterschaft ist insbesondere entschlossen, die Aufhebung des Belagerungszustandes durchzusetzen, der in Bayern nur ganz einseitig gegen links angemeldet wird, und unter dessen Schutze in Bayern der politische Mord heimlich wurde. Die SPD. ist gewillt, hierbei gemeinsam mit der USPD. vorzugehen. Sie wird dafür sorgen, daß die Leitung der Bewegung in den Händen der sozialdemokratischen Parteien bleibt, und dadurch alle Verwirrungserfolge der KPD. hintangehalten werden. Gleichzeitig fanden am Sonntag in Nürnberg Besprechungen von bayerischen Gewerkschaftsvertretern statt, an denen auch der Bundesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Berlin teilnahm. Gegenstand der Aussprache war ebenfalls der Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche. Heute oder morgen wird der Landesauschuss der Gewerkschaften Bayerns zusammenzutreten, um entscheidende Beschlüsse zu fassen, die sich auch gegen jede Sonderaktion der Kommunisten richten werden.

Bayerische Landeshilfe gegen eine Volkstungebung in Koburg.

Auf dem Schloßplatz in Koburg, das bekanntlich zu Bayern übergetreten ist, fand am Sonnabend eine von sozialistischen Parteien einberufene Versammlung als Kundgebung für die Republik und als Protest gegen Erbrazers Ermordung statt. Nach Reden der Führer beider Parteien hörte man in den Straßen Schüsse und Handgranatendetonationen. In den Zuträgen der Straßen nach dem Marktplatz kam es zu Zusammenstößen mit der grünen Landeshilfe, die während der Versammlung kriegsmäßig die Straßen mit Drahtverhauen gesperret hatte. Durch Handgranaten wurden einige Personen, darunter auch zwei Kinder verletzt. Die Versammlung war behördlich genehmigt, der Demonstrationszug jedoch von dem Stadtkommandanten verboten worden. Einer späteren Meldung zufolge wurden 12 Personen aus dem Publikum durch Schüsse und Handgranaten verletzt. Ein Mann ist so schwer verletzt, daß wenig Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens besteht. Eine Anzahl Schaulustler und Wohnungsbesitzer sind durch Gewehrschüsse und Handgranaten gerammt. Ein Polizeibeamter wurde durch Stockschläge erheblich verletzt. Der sozialdemokratische Vertreter Koburgs im bayerischen Landtag, Genosse Klingner, hat beim Reichsminister des Innern telegraphisch die Zurückziehung der Sicherheitspolizei in Koburg wegen ihres Vorgehens gegen die sozialdemokratischen Demonstrationen verlangt. Dr. Gradnauer hat die bayerische Regierung um Prüfung der Angelegenheit gebeten.

Die zweite Tagung des Völkerbundes.

Genf, 6. September. Die Nachmittagsitzung des Völkerbundes begann um 4 Uhr unter dem Vorsitz von Wellington Koo. Die Versammlung nahm die Wahl ihres Präsidenten vor. Balfour befürwortete, die Präsidentschaft dem holländischen Außenminister v. Karnebel anzukübeln. Postrepo, der Delegierte Columbiens, verlangte die geheime Abstimmung, die auch mit 25 gegen 1 Stimme beim zweiten Wahlgang beschlossen wurde. Karnebel wurde mit 21 Stimmen gewählt, gegen 15 Stimmen für Cunha, Delegierter Brasiliens und eine Stimme für Matta. Mehrere Delegierte gaben weiße Stimmzettel ab.

Die Sitzung.

Genf, 6. September. Der neugewählte Präsident v. Karnebel übernahm mit einigen Worten des Dankes das Präsidium und versicherte, er sei auf die ihm zugefallene Ehre gänzlich vorbereitet gewesen, werde sich aber bemühen, als ein treuer Diener am Werke des Völkerbundes sein Amt zu erfüllen. In den lebhaftesten Beifall, der den Worten des Präsidenten folgte, stimmten die französischen und anderen als Franzosenfreundlich geltenden Delegierten nicht ein, was allgemein auffiel. Präsident v. Karnebel legte Wert darauf, sich sofort nach der Versammlung den Pressevertretern vorzustellen und erinnerte in einer kurzen freundlichen Aussprache daran, daß in Holland das Interesse für die rechtliche Organisation der Welt stets besonders stark gewesen sei. Er versprach, auch der Presse ein treuer Diener zu sein und teilte auf eine Anfrage mit, daß die Versammlung vorläufig nicht so lange wie die vorige Versammlung dauern würde. Etwas genaueres aber könne er noch nicht sagen, da er selbst in die Arbeiten der Versammlung noch zu wenig eingearbeitet sei. In den Kreisen der schweizerischen Delegierten soll eine ziemliche Verstimmung über die Präsidentschaftswahl herrschen. Man ist der Ansicht, daß es der Schweiz gebührt hätte, in der zweiten Völkerbund-Versammlung den Präsidenten zu stellen, nachdem man in der ersten Versammlung des Völkerbundes bereits zugunsten Belgiens verstimmt hatte.

Die Partei des Volkes.

1 221 000 Mitglieder!

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist in den letzten Jahren von der äußersten Linken der Vorwurf gemacht worden, daß sie den Boden des bewußten Klassenkampfes verlassen habe. Wie unberechtigt dieser Vorwurf ist, zeigt der Bericht des Parteivorstandes über das Geschäftsjahr 1920/21, der soeben erschienen ist. Die Massen des werktätigen Volkes haben auch diesmal das Vertrauen zu der Sozialdemokratischen Partei nicht verloren. Ihre Mitgliederzahl ist gegen das Vorjahr um weitere 40 851 Mitglieder oder um 3,4 Prozent gestiegen. Wenn die Zunahme keine größere war, so liegt das neben den ungünstigen Verhältnissen in den besetzten Gebieten, in denen die Tätigkeit unserer Genossen durch den Druck der Besatzungsbehörden empfindlich gestört wird, an der Unversunft eben jener Linken, die uns Verrat vorwerfen und selbst am meisten dazu beitragen, die Arbeiterschaft zu zerschlagen und zur Ohnmacht zu verurteilen. Ein Musterbeispiel hierfür ist Ostpreußen, wo wir einen Rückgang unserer Mitgliederzahl zu verzeichnen haben. Während dort die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 von 348 323 Stimmen nur 51 480, also 14,8 Prozent, an sich ziehen konnte, wurden bei der Wahl zur Nationalversammlung von 912 201 abgegebenen Stimmen 419 201 für die Sozialdemokratie und 45 872 für die Unabhängigen abgegeben. Damit hatte die Provinz eine sozialistische Mehrheit. Dank der unvernünftigen Wählerarbeit der Unabhängigen und Kommunisten ging diese proletarische Mehrheit von 51 Prozent bei den Februarwahlen dieses Jahres auf eine Minderheit von 36,8 Prozent zurück.

Einen ähnlichen Einfluß übten die Bruderkämpfe der Unabhängigen gegen die Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen Unabhängige und Sozialdemokraten auf die andere Wahl in Reich aus. Gegen die Reichstagswahl verminderten sich bei den letzten Landtagswahlen die Stimmen der Arbeiterparteien in Preußen von 42,1 auf 39,3 Prozent, in Sachsen von 54,0 auf 50,7 Prozent, in Bremen von 53,7 auf 49,2 Prozent, und in Ostha von 48,3 auf 47,2 Prozent. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Sozialdemokratische Partei, als solche allein gerechnet, überall im Vergleich zu der Reichstagswahl einen nicht unerheblichen Aufschwung zu verzeichnen hatte, daß sich also innerhalb der Arbeiterschaft immer mehr die Erkenntnis für jene Politik der eisernen Konsequenz Bahn bricht, die Stufe für Stufe zum Aufstieg der arbeitenden Klassen führt und die es mit ihrer Arbeit zu ernst meint, um sich den Luxus leninscher Arbeiterkünststücke und Abstütze zu leisten. Wie stark der Mißmut der Arbeiter gegen die Großmogulpolitik der leeren Worte und vollen Mäuler geworden ist, mögen einige Zahlen aus Industralien beweisen. Die Sozialdemokratische Partei verzeichnete im Geschäftsjahre eine Mitgliederzunahme in den Bezirken Breslau von 7009, Halle von 1515, Magdeburg von 1298, Leipzig von 1564, Dresden von 5656, Chemnitz, Zwickau von 10 423 und Westfalen von 9632. Aber auch in den ländlichen Distrikten setzt sich das Verständnis für die Sozialdemokratie immer mehr durch. In Pommern und Brandenburg gewann sie 3862, in Schleswig-Holstein 6843 neue Mitglieder. Die Abwanderung nach links hat so gut wie aufgehört.

Vergleicht man die Mitgliederbewegung der Sozialdemokratischen Partei in dem Zeitraum von 1906 bis 1921, so ergibt sich eine Aufwärtsbewegung von 384 327 Mitgliedern im Jahre 1906 auf 1 221 059 Mitgliedern im Berichtsjahr, gewiß ein imposanter Aufstieg in den letzten 15 Jahren. Dabei fällt ins Gewicht, daß die Sozialdemokratie von 1 085 905 Mitgliedern bei Kriegsausbruch auf 243 061 bei Ausbruch der Revolution zurückgegangen war, und also ganz von vorn anfangen mußte, eine organisatorische Aufgabe, die durch den unseligen und nutzlosen Bruderkampf noch erschwert wurde. Ihr die Zunahme geringer als in den beiden vorangehenden, so liegt das neben den erwähnten Gründen auch daran, daß ungefähr 30 000 Genossinnen in den letzten beiden Jahren aus der Partei ausgetreten sind. Hier wird man also mit doppelter Energie an die Arbeit gehen müssen.

Erfreulich ist es, daß man in diesem Jahre zum erstenmal seit Kriegsausbruch in der Lage ist, die Entwicklung der Arbeiterjugend statistisch zu erfassen. Der Verband ist in 38 Bezirksverbände eingeteilt, von denen sich die Bezirke Götting, Mittelharz, Westliches Westfalen, Oberrhein, Ostschlesien, Chemnitz und Hesse-Darmstadt am besten entwickelt haben. Nach den letzten Berichten aus 30 Bezirksverbänden waren 5666 Funktionäre gegen insgesamt 2168 im Jahre 1919 tätig, ein Zeichen dafür, wie rasch sich die Bewegung entfaltet hat. Der Verband konnte diesjährig seine erste Reichskonferenz in Weimar abhalten. Auch die Jungsozialisten leisteten kräftige Arbeit, und wenn sie hinsichtlich ihres Aufbaues und ihrer Ziele noch nicht ganz mit sich ins Reine gekommen sind, so zeigen sie doch, mit welcher regem Interesse und welcher Energie sie sich auf das öffentliche Leben vorbereiten.

So ergibt sich ziffermäßig das Bild, wie die Partei inmitten der ersten Kämpfe der Gegenwart die Sache der Ar-

Der Stand der Verhandlungen zwischen München und Berlin.

München, 5. September. Die Verhandlungen zwischen München und Berlin wegen der Verordnung des Reichspräsidenten sind noch nicht zu Ende geführt und werden auch den für heute einberufenen Ministerrat beschäftigen. Bis jetzt ist lediglich die Zusage erreicht worden, daß von Berlin aus ohne vorhergehende Verhandlungen mit München der Ausnahmezustand in Bayern nicht aufgehoben wird. Im übrigen hat die Lage eine wesentliche Zuspitzung dadurch erfahren, daß der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer an die bayerische Regierung ein Telegramm schickte, mit dem Ersuchen, das Erscheinen der „München-Mugsburger Abendzeitung“ wegen ihres Artikels „Auf dem Wege zum Sowjetregiment“, auf eine angemessene Zeit zu verbieten und über die von der bayerischen Regierung getroffenen Maßnahmen nach Berlin Mitteilung zu machen. In einem weiteren Telegramm Dr. Gradnauers an die bayerische Regierung wird mitgeteilt, daß der Abgeordnete Klingler in Koburg sich telegraphisch an die Berliner Regierung gewandt habe mit dem Ersuchen, die Sicherheitspolizei in Koburg, die eine republikanische Feier zu fördern drohe, zurückzuhalten. Auch hier ersuchte Dr. Gradnauer, das Weitere zu veranlassen und nach Berlin Mitteilung zu geben. Wie die „Telegraphen-Union“ zuverlässig erzählt, besteht in maßgebenden bayerischen Regierungskreisen keine Neigung, dem Berliner Begehren auf Unterbindung des Erscheinens der „München-Mugsburger Abendzeitung“ zu entsprechen. Ob wegen der Koburger Sache etwas unternommen worden ist, darüber konnte bisher nichts in Erfahrung gebracht werden. Die Entscheidung über das Verbot dürfte jedenfalls am heutigen Montag zu erwarten sein.

Geplante Maßnahmen der bayerischen Sozialisten gegen die bayerische Regierung.

München, 5. September. Die „Münchener Post“ meldet aus Nürnberg: Am Sonntag fand in Nürnberg eine Konferenz statt, an der führende Mitglieder der SPD. aus allen Teilen Bayerns und vom Deutschen Par-

heidenden mit ungebrochener Latenz verführt. Aber wichtiger als Zahlen und Statistiken ist die innere Arbeit, die geleistet wird. Von ihr läßt sich ziffernmäßig kein richtiges Bild aufstellen, und so müssen wir uns denn mit einem knappen Bericht begnügen. Die Sozialdemokratische Partei war am Schluß des Berichtsjahres in 947 Städten (im Vorjahre 1041) mit 7261 (7582) männlichen und 460 (386) weiblichen Stadtverordneten vertreten. In 6525 (5882) Landgemeinden zählte sie 31 716 (28 570) männliche und 410 (413) weibliche Gemeindevorsteher. In 559 (525) städtischen Magistraten saßen 1309 Stadträte und Bürgermeister. In 2506 Gemeindevorständen in Landgemeinden (wie im Vorjahre) saßen 3451 (4045) männliche und 5 (24) weibliche Sozialdemokraten. In 433 (304) Kreisrägen hatte sie mit 2855 (2861) männlichen und 8 (1) weiblichen Vertretern Fuß gefaßt. In den Provinziallandtagen zählte sie 475 männliche und 6 weibliche Abgeordnete. Die Presse belief sich auf 144 Tageszeitungen, von denen 133 am 31. März 1921 insgesamt 1 238 608 zahlende Abonnenten aufwiesen.

Als sehr wertvoll erwies sich die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, deren Organisation jetzt in fast allen Bezirken vollständig ist und deren Mitglieder in den einzelnen Ortsgruppen über 2500 öffentliche Versammlungen abgehalten haben. Sie konnte auf dem Dresdener Kulturtag (24. und 25. März), an dem über 400 parteizugehörige Lehrer teilnahmen, ein sozialdemokratisches Schulprogramm vorlegen. Die Beamtenschaftsbewegung fand in der „Zentralstelle für Beamtenagitation“, die ihr Augenmerk nicht auf Schaffung sozialistischer Sonderorganisationen für Beamte richtet, sondern die Beamten der Partei organisatorisch zuführen will, wieder eine willkommene Stütze für ihre Ziele und Forderungen, wie sich überhaupt innerhalb der Beamtenschaft immer mehr die Erkenntnis von dem Wert der Sozialdemokratie als Vorkämpferin für das arbeitende Volk durchsetzt. Der Zentralbildungsausschuß arbeitete trotz der Ungunst der Zeit an der Ausgestaltung der Volkshochschulbewegung und seinen anderen kulturellen Aufgaben weiter. Er erlitt durch den Tod des Seniors Franz Diederich, der auch der Redaktion des „Vorwärts“ unversehens einen herben Verlust. In dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfaht hat sich die Sozialdemokratische Partei ein wichtiges Werkzeug geschaffen, um die gefühlige Regelung der Wohlfahrtspflege und ihre sachgemäße Ausführung zu fördern. Bis heute sind etwa 300 Orts- und 128 Bezirksausschüsse gemeldet. Es ist ganz besonders gelungen, die Ausbildung von weiblichen sozialen Hilfskräften zu unterstützen.

Überblickt man die Arbeit der Sozialdemokratischen Partei im Berichtsjahre, so muß man sagen, daß sie der Arbeiterfrage einen besseren Dienst geleistet hat als jene, die von der Arbeiterkraft lediglich Opfer an Leben und Gut forderten, selbst aber zu keiner positiven Leistung kommen konnten. (Vorwärts.)

Irland lehnt ab.

London, 4. September. (Reuter.) Die Sinnfeiner haben die Friedensvorschläge Lord Georges abgelehnt. In der Erklärung heißt es, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne und das fundamentale natürliche Recht in Anspruch nehme, frei für sich selbst zu wählen, um sein nationales Geschick zu verwirklichen. Die englischen Vermittlungsvorschläge vom 20. Juli lehne man unabweislich ab. Man sei aber damit einverstanden, daß ein neutraler unparteilicher Schiedsrichter zwischen Irland und England entscheide. Die Iren würden nur Widerstand leisten, wenn die Engländer damit drohten, ihren Standpunkt mit der Gewalt zu unterstützen. Drohungen mit der Gewalt müßten ausgeschlossen werden, um es zu ermöglichen, daß Bevollmächtigte zusammentreten, die durch feine Bedingungen gehindert würden außer durch die Tatsachen selbst. Die Iren schlugen als Verhandlungsgrundsatz vor: „Eine Regierung mit Einwilligung der Regierten“, den die Engländer immer als einen „speziell“ englischen Standpunkt für sich in Anspruch nehmen. Auf dieser Grundlage sei Irland bereit, sofort Bevollmächtigte zu ernennen.

Die Irish Association meldet, es verlange, daß die Antwort der Sinnfeiner in Regierungskreisen als eine endgültige Verwerfung der Vorschläge der Regierung, Irland die Stellung eines Dominions einzuräumen, angesehen werde. Die Lage werde für äußerst ernst gehalten. Der englische Arbeiterführer Thomas erklärte einer G.M.-Rede nach dem Tode einer Rede in Cardiff, daß seiner Meinung nach keine englische Regierung Irland zu einer freien unabhängigen Republik machen könne. Es wäre daher ein Verbrechen, das irische Volk in bezerrigte Hoffnungen zu wiegen, um es zu veranlassen, neue Opfer zu bringen.

Die „Times“ über Wiesbaden.

London, 5. September. Die „Times“ beschäftigt sich heute morgen mit dem Abkommen Louren-Rathenau und sagt u. a.: „Sie sei geneigt, diesem Abkommen zuzustimmen, um so mehr, als sie nicht wünscht, daß der Vertrag als Verstoß gegen die Neutralität angesehen werde, und als sie sich von diesem Abkommen eine Entspannung in den französisch-englischen Beziehungen verspricht.“ Die Spannung zwischen beiden Ländern ist hauptsächlich dadurch hervorgerufen worden, daß man sich freigegeben haben möchte, um die genaue Durchführung des Vertrag zu erlangen. England finde keinen Grund, sich dabei zu beteiligen. England solle keinen Grund haben, sich an der Durchführung zu beteiligen. Wenn man sich andere Mittel im Auge zu fassen, die die Durchführung des Friedensvertrages sichern könnten. Eine Ausdehnung der Vertragszone würde nicht den Besten Englands finden. Wenn man sich andere Mittel im Auge zu fassen, die die Durchführung des Friedensvertrages sichern könnten, und England würde Frankreich nicht der Vorteile berauben, die es aus den Abmachungen Louren-Rathenau ziehen könnte.

Der Aufruhr der amerikanischen Bergarbeiter unterdrückt.

London, 5. September. Aus New York wird gemeldet, daß die Federal-Troops den Aufruhr der Bergarbeiter von Kinge unterdrückt haben. Drei Infanteriebataillone gingen gegen die Arbeiter konzentriert an, worauf diese vor und zurückgingen, bis die meisten

Hunderte zählenden Streikenden, die schließlich die Waffen strecken mußten. Die anderen Arbeiter ergriffen bei Annäherung der Truppen die Flucht.

Keußerst drohende Lage in Indien.

Paris, 6. September. „Matin“ berichtet aus London, daß nach aus Madras eingegangenen Berichten die Lage dort als äußerst drohend zu betrachten sei.

Für die Verbannung der Hohenzollern.

Hilfmut v. Gerlach, der bekannte demokratische Politiker, in der „Welt am Montag“ ein. „Die Hohenzollernfrage“, schreibt er, „würde als höchstschmerzhaft empfunden werden können, wenn die Hohenzollern selbst sich nach ihrem Sturz stillschweigend verhalten hätten. Aber keine Gabe scheint ihnen mehr versagt zu sein, als diese. Immer wieder drängen sie sich in die Öffentlichkeit, ermutigen ihre Anhänger, machen der Republik Unbequemlichkeit, erwecken in dem mißtraulichen Ausland den Eindruck, als betrachte eine Republik, die solches ungehindert zulasse, sich selbst nur als vorübergehende Erscheinung.“ Die Hohenzollern könnten sich über ein Sondergesetz gegen sie nicht beschweren, sie haben ja immer eine Sonderstellung allen übrigen Deutschen gegenüber eingenommen. Sie wären mit Privilegien überhäuft, als da sind: Steuerfreiheit, Parteifreiheit, beförderter Zivilstand, besonderer Gerichtsstand usw. Sie müßten daher auch mit besonderem Maß gemessen werden, wo sie dazu herausfordern.

So wenig nun jede Ausweitungspolitik sympathisch ist, so glauben wir doch, daß Hilfmut v. Gerlach in den vorstehenden Äußerungen ein Problem streift, daß der Erwägung wert ist. Ehemalige Hohenzollernprinzen, die sich heute nur noch als Kapitalhändler und Heher gegen die Republik in Deutschland betätigen, müssen in der Tat als gemeingefährliche Elemente betrachtet werden. Und schließlich geschähe ihnen ja nur, was ihr Familienoberhaupt selbst gewollt hat, wenn sie gezwungen würden, den Staub des Vaterlandes von den Pantoffeln zu schütteln.

Rechtliche Besserstellung der unehelichen Kinder.

Berlin, 5. September. Das Reichsjustizministerium legt Wert darauf, gegenüber verschiedenen nicht korrekten Meldungen festzustellen, daß nach der Erklärung des Reichstages des Ministeriums in der Sitzung des Reichstages vom 1. Juli nicht ein Gesetz zu erwarten ist über die Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern, sondern ein Gesetz, das die rechtliche Besserstellung der unehelichen Kinder vorsieht. Ferner wird mitgeteilt, daß eine endgültige Entschliessung der Reichsregierung über eine Aenderung des Ehegesundheitsgesetzes noch nicht vorliegt, sowie, daß die Verlegung des Ehegesundheitsgesetzes über das Recht der unehelichen Kinder an den Reichstag nicht schon für September in Aussicht genommen worden ist. Der Entwurf soll erst in nächster Zeit an den Reichstag gehen.

Zusammenarbeit?

Berlin, 5. Septbr. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Mitte Juli hielt der Kommerzienrat Salomonsohn vor den Ausschüssen der Distanzgesellschaft eine wirtschaftspolitische Rede, die verständlicherweise von der interessierten Presse der Öffentlichkeit übergeben wurde. Wie wir nunmehr erfahren, ist diese Rede durch die Neuener Funktionäre der Distanzgesellschaft übergeben worden. Soweit wir unterrichtet sind, werden die Meldungen, die von der Funktionäre in Neuener weiterverbreitet werden, von einer amtlichen Stelle kontrolliert. Ganz abgesehen davon, daß die Welt kein wesentliches Interesse an den Ausführungen des Herrn Dr. Salomonsohn haben konnte, muß es doch auffällig erscheinen, daß aus der Rede insbesondere folgender Passus funktentelegraphisch weiterverbreitet wurde: „... Um dieses Ziel zu erreichen, muß man alles tun, um die Ministerien und Verwaltungsposten mit sachverständigeren Personen zu besetzen, als es gegenwärtig der Fall ist. Unsere Wirtschaftspolitik muß den praktischen Erfordernissen angepaßt sein, nicht den Theorien mehr oder weniger vernünftiger Professoren, Journalisten und Arbeiterverbandssekretäre.“

Ausgerechnet zu einer Zeit, wo gerade ein Professor die Reichstagsverwaltung übernommen hatte, wo ein ehemaliger Journalist in die Verwaltung des Innenministeriums eintrat, und ein ehemaliger Arbeiterverbandssekretär Reichswirtschaftsminister wurde, wurden die vorstehenden Ausführungen in die Welt hinausposaunt. Man muß sich auf Grund dessen doch fragen, wer prüft die an das Ausland durch Neuener weitergehenden Meldungen. U. G. sind die amtlichen Stellen dafür da, die Regierung zu unterstützen, und nicht zu misshandeln, wie es durch das vorstehende Zitat geschieht.

Gegen den Mißbrauch der Militäruniform.

Der Reichspräsident erließ eine vom Reichskanzler und Wehrminister mitunterzeichnete Rundgebung für die Wehrmacht des Reichs, in der es heißt: „Die politische Erregung der letzten Zeit führte bedauerlicherweise dazu, daß in verschiedenen Fällen Angehörige der Wehrmacht in den Straßen ohne jeden Grund angegriffen und beleidigt und sogar mißhandelt wurden. Derartige bedauerliche Ausprägungen finden nur dadurch ihre Erklärung, daß die Uniform in den politischen Streit der Parteien hineingezogen wurde. Es wurde nicht mehr unterschieden zwischen dem Vertreter der verfassungsmäßigen Wehrmacht, dessen Berufskleid der Waffenrock ist, und dem politischen Gegner, durch den man sich provozieren konnte. Die Reichsregierung ist entschlossen, diesem Zustand ein Ende zu machen. Durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund Artikel 48 der Verfassung und auf besonderen Befehl des Reichswehrministers ist für die Zukunft jeder Mißbrauch der Uniform verboten. Die Regierung muß daher von allen Angehörigen des Reichs und allen Parteien verlangen, sie in ihrem Betragen, der Wehrmacht des Reichs die gebührende Achtung zu zeigen.“

ihn als solchen zu achten, ist das Gebot der Selbstachtung des Volkes. Die Autorität des Staates macht es der Reichsregierung zur Pflicht, Ausprägungen gegen die Wehrmacht des Reichs und Angriffe gegen ihre Angehörigen mit den ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu begegnen.

Poste verbietet den völkischen „Sturm“.

Hannover, 6. September. Der „Sturm“, ein deutsch-völkisches Blatt in Hannover, ist vom Oberpräsidenten Roske für 14 Tage verboten und die Nummer vom 4. September beschlagnahmt worden.

Die Kriegsgefangenen beschämten die Wehrmacht.

Auf dem dritten Bundestag der Reichsvereiningung ehemaliger Kriegsgefangener wurde eine Entschliessung von den zwischen ihrer Bundesleitung und den Reichsbehörden getroffenen Vereinbarungen über den Ausgelaß in der Wohnungsfrage Kenntnis genommen. Weiter heißt es dann in der Entschliessung: „Es ist den Vertretern nicht leicht geworden, sich dieser Vereinbarung zu fügen, weil die in den Reihen der ehemaligen Kriegsgefangenen herrschende Not durch die so späte Rückkehr in die Heimat immer noch eine sehr große ist. Auch haben wir Kriegsgefangenen die nur teilweise Auszahlung des uns als Soldaten zustehenden Soldes von jeher als ein Zeichen angesehen müssen, daß man uns als Soldaten zweiter Klasse betrachtet hat. Wir wurden an der Front und nicht in der Etappe gefangen genommen. Wir wollen aber die von der Regierung vorgeschlagene Lösung deshalb annehmen, weil wir in der Zeit, wo die innere Einheit unserer Heimat aufs schwerste durch Parteihader gefährdet ist, nicht zu denen gehören wollen, die unserm Volke Schwierigkeiten machen. Wir haben in der Not der Gefangenschaft gelernt, daß nur kameradschaftliches Zusammenhalten und opferwilliger Gemeinschaftssinn zum Ziele führen. Das möge auch unserm Volk ein Leitstern sein.“

Die aber, die in unserer Heimat auf unredlichem Wege sich während des Krieges und der Revolution unstattdige Gewinne erworben haben, mögen sich ein Beispiel an unseren ehemaligen Kriegsgefangenen nehmen, die willig auf ihre Rechte verzichtet haben, die ihnen eigentlich zustehen.

Herrunter mit den Fleischpreisen.

Amlich wird mitgeteilt: Von dem preussischen Staatskommissar für Volksernährung ist festgestellt worden, daß trotz des infolge der Weide- und Futtermittelknappheit erhöhten Auftriebes von Schlachtvieh und des dadurch bedingten Sinkens der Viehpreise die Fleischverkaufspreise für Fleisch vielfach einen ungerechtfertigt hohen Stand behaupten haben. Um der ersten Gefahr, welche die ungerechtfertigte Preissteigerung für die Volksernährung und Volksgesundheit bedeutet, zu begegnen, hat der preussische Minister des Innern an die Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet: Die bereits in dem Erlaß des Herrn preussischen Staatskommissars für Volksernährung vom 25. August dieses Jahres behandelte unnatürliche Spannung zwischen den Lebensmittelpreisen und den Fleischverkaufspreisen bedeutet eine so entsetzliche Schädigung und Erschwerung der Volksernährung, daß eine Beseitigung des Mißstandes mit allen Mitteln angestrebt werden muß. Frühere Erfahrungen haben gezeigt, daß ein Eingreifen der Kommunalverbände unter Umständen preisregulierend wirken kann. Zunächst kommt dabei die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen in Betracht, dann aber wird zu erwägen sein, ob nicht durch den Abschluß von Viehlieferungsverträgen mit landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie durch Einrichtung einzelner städtischer Fleischverkaufsstellen ohne Schädigung des realen Handels unbedenklich hohe Fleischpreise herabgedrückt werden können. Ich eruche ergebenst, sofort im Benehmen mit den Handelskammern zu prüfen, wo ein derartiges Vorgehen der Kommunalverbände angebracht sein würde, und gegebenenfalls auf die betreffenden Landkreise und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie die im Interesse der Volksernährung zur Beseitigung des Mißstandes erforderlichen Maßnahmen treffen. Auch bei der Durchführung dieser Maßnahmen wird sich eine Fühlung mit den Handelskammern empfehlen.

Auf der Suche nach den Mördern Erbergers.

Gedächtnis.

Die Badische Staatsanwaltschaft Offenburg erläßt folgenden Gedächtnis: Ueber die beiden Täter ist nunmehr festgestellt, daß sie von Sonntag, 21. August 1921, bis zum Mordtag, Freitag, 20. August 1921, im Gasthaus zum Hirschen in Oppenau unter den offenkundigen Namen:

1. Franz Kiese, stud. jur. aus Düsseldorf,
 2. Knut Bergen, stud. phil. aus Jena, logiert haben und am 26. August 1921 mit dem 6 Uhr 45 in Oppenau abgehenden Abendzug mit Fahrkarten vierter Klasse nach Offenburg abgereist sind.
- Die Personalbeschreibung wird wie folgt ergänzt:
1. Der Größere: 25 bis 30 Jahre alt, etwas über 1,70 Meter, schlank, aufrechter Gang, rundes gesundes Gesicht, Haar blond, von Augen teils als gelblich, teils als purpurfarbig beschrieben, jedenfalls nicht zu kurz, kleiner Schnurrbart. Oberer Rand des linken Ohrs etwas zurückgestülpt. Gesicht wird versucht, diesen Fehler durch Heftklammer zu verdecken.
 2. Der Kleinere: 25 bis 30 Jahre alt, etwas kleiner, Figur etwas gefeierter als der Größere, aber noch schlank, Haar dunkel, ebenfalls nicht kurz, Gesichtsfarbe auch gesund, aber nicht so frisch wie beim anderen, kleiner Schnurrbart. Quer über die Nase etwas über halber Höhe blaue rickförmige Karze (kein Kneifer- oder Brilleneinbruch).
- Kleidung: Die Täter trugen bei der Ankunft und Abfahrt in Oppenau dunkelblaue Strakenanzüge. An den dazwischenliegenden Tagen trugen sie Anzüge getragen, die teils als schwarz, teils als rot gefärbt bezeichnet werden. Der eine hatte noch einen helleren, grauen gepreßelten Anzug mit gleichfarbigem Stoffhut. Ueber den dazugehörigen langen Hosen mit Umhängen haben sie teilweise dunkle Bergamaschen getragen. Ueberhaupt scheinen sie Kleidung und Haartracht öfters gewechselt zu haben.
- Die Täter führten drei flache braune Handschuhe mit je zwei Schließern, gelben Schuhschneisen aus Holz und gelben Nägeln mit sich, einen größeren, schon länger gebrauchten, von etwa ein Meter Länge und zwei kleinere neue.
- Offenburg, 31. August 1921.
- Badische Staatsanwaltschaft Offenburg.

Der deutsche Vertreter in Sowjet-Russland.

Am Montag hat sich Geheimrat Prof. Wiedfeld nach Moskau begeben, um seinen Posten als deutscher Vertreter bei der Sowjet-Republik anzutreten. Als Sachverständiger für wirtschaftliche Fragen wird ihm Herr Grad begleiten. Auch der bisherige deutsche Wirtschaftssachverständige in Moskau, Herr Dr. Straehler, wird noch in Moskau bleiben, um die neue deutsche Vertretung in Sowjet-Russland zu beraten. (Dr. Straehler war bis zum Kriege Dozent für Nationalökonomie an russische Handelshochschulen und gilt als einer der besten Kenner der russischen Wirtschaft.)

Wie wir ferner vernehmen, wird Viktor Kopp, der bisherige Vertreter der Sowjet-Republik in Berlin, der jetzt in Moskau weilt, in der allernächsten Zeit wieder nach Berlin zurückkommen. Die Veranlassung seiner Rückkehr wird die Frage des Hilfswerks für die Notstandsgebiete sein. Als Berliner Gesandter der Sowjetregierung ist eine andere Persönlichkeit in Aussicht genommen.

Wilhelms II. Hollandfahrt.

Frau Suzanne Tornley, die Gattin des ehemaligen englischen Gesandten in Haag, veröffentlicht nach den Angaben des in Betracht kommenden Grenzsolдата in der letzten Nummer der englischen Wochenchrift „Weeky Dispatch“ eine Darstellung der Umstände, unter denen der Grenzübertritt Wilhelms II. vor sich gegangen ist. Es heißt in dem Artikel:

„Der Grenzsolдата an der Station Eysdam hatte in jener Nacht Dienst. Morgens um 1/27 Uhr näherte sich dem Stationshause in schneller Fahrt von der belgischen Seite ein Auto. Am Tore hielt es. Dem Auto entstieg ein deutscher Offizier, der an den Soldaten die Aufforderung richtete, den Wagen passieren zu lassen.

„Das geht nicht“, erwiderte der Solдата.
„Ich muß die Durchfahrt verlangen“ sagte der Offizier.
„Der deutsche Kaiser ist hier und man kann ihn nicht davon abhalten, seine Reise nach Holland fortzusetzen.“

Dem Solдата erschien die Erklärung des Offiziers, der deutsche Kaiser wolle nach Holland kommen, unglaublich und er gab seinem Zweifel auch Ausdruck. Er wiederholte, daß er überhaupt keinen deutschen Offizier durch das Tor lassen dürfe. In diesem Augenblick stieg noch ein zweiter Offizier aus dem Wagen und kam an die beiden heran.

„Ich möchte sofort die Grenze passieren“, sagte dieser.
„Sie kennen mich sicher, ich bin der deutsche Kaiser.“

Bei stärkerem Zusehen erkannte der Grenzsolдата in diesem Offizier tatsächlich den Kaiser. Er beharrte auf seinem Standpunkt, daß er seine Pflicht nicht verletzen dürfe, indem er irgend einen Deutschen passieren ließe. Er sagte: „Ich sehe, daß Sie tatsächlich der Kaiser sind, aber meine Ordre erlaubt mir nicht, jemand die Durchfahrt zu gestatten. Hierauf der Kaiser: „Wer ist Ihr Vorgesetzter?“ „Mein Hauptmann.“ „Was ist er?“ — „Dort drüben in der Wachtstube!“ — Der Solдата zeigte auf ein weißes Häuschen, daß ein Stück davon lag. „Mein Hauptmann schläft jetzt“ —

„Rufen Sie ihn und sagen Sie ihm, daß der deutsche Kaiser hier ist und die Grenze passieren möchte.“ — „Sowohl, ich werde ihn rufen! Vorher muß ich aber das Tor schließen!“ sagte der unbereitbare Holländer. Er ging hinüber und eröffnete seinem Hauptmann, daß der deutsche Kaiser ihn sprechen wolle.

Der Kaiser wartete auf der belgischen Seite. Rühmlich wiederholte der Hauptmann dem Kaiser und seinem Begleiter, was sie von dem Soldaten bereits gehört hatten: Ohne ausdrückliche Genehmigung könne man den Deutschen nicht erlauben, holländisches Gebiet zu betreten. Er werde sich aber sofort aus dem Haag telephonische Informationen erbitten. Nunmehr wandte sich der Hauptmann an den Stationsvorsteher, ob er die Verantwortung übernehmen wolle, daß der Kaiser auf den Bescheid vom Haag innerhalb der Station warte. Die Genehmigung wurde erteilt, das Tor öffnete sich und der kaiserliche Flüchtling betrat den holländischen Boden, wo er seinen Regen abgab. Wilhelm II. wartete 6 Stunden, während der Hauptmann nach dem Haag telephonierte, daß der Kaiser sich in Holland befände, um vor seinem Volke Sicherheit zu suchen.

Nationaler „Geist“.

Nachträglich überlieferte man der „Welt am Montag“ das „Staatsbürger Tageblatt“ vom 5. Juli. Dies von einem Herrn Hottenrott herausgegebene „Blatt für nationale Interessen“ bringt ein rechts und links von Fahnenkreuzen eingerahmtes Lied mit der Ueberschrift: „Heil dir im Siegertranz!“, dessen erste und letzte Strophe folgendermaßen lautet:

Heil dir im Siegertranz,
Des schmachbedeckten Land's,
Genosse dir!
Küßl in der Republik
Dein Präsidentenamt,
Führer des Volks zu sein
Mit Israel!

Mäste den Bannpfe gut,
Krummer Ministerjud
Der Republik! —
Heil wie die Judenpest,
Schwelend von Ost nach West.
Wie Was und Schwefeldampf
Zum Himmel stinkt!

Deutschpöhlische Lieber wie das vorstehende wirken wirklich tödlich. Wenn man sie gelesen hat, sagt man sich: Deutschland hat zwar viel verloren, aber verloren ist es noch nicht, solange noch so edle, tapfere und geistvolle Dichter den Ruhm deutscher Kultur aufrechterhalten.

Die vergessene Zivilrechtsreform.

Während die Diskussion über die Reform des Strafrechts immer lebhaftere Formen annimmt und sich immer größere Volksteile an ihr beteiligen, hört man von der Reform des bürgerlichen Rechts nichts oder so gut wie nichts, sobald nachgerade mit Notwendigkeit die Frage entstehen muß, ob unser Zivilrecht vielleicht so vortrefflich sei, daß es einer Reform nicht bedürfe.

Wer — aus Neigung oder aus Zwang — sich einmal der Aufgabe unterzogen hat, die in fünf Büchern eingeteilten 385 Paragraphen durchzuarbeiten, bekommt zunächst den Eindruck eines Wertes von imponierender Geschlossenheit:

Will die Kritik einsehen, so wird es ihr sofort außerordentlich schwer gemacht: das Ganze ist fest aneinandergelagert, und während die Kritik des Strafrechts sich damit begnügen kann, diehen und jenen ansehnbaren Paragraphen, z. B. den über den Diebstahl, herauszunehmen und kritisch zu beleuchten, muß der Kritiker des B. G. B. jedesmal dessen ganzes Gebäude in Angriff nehmen, wenn er es einigermaßen wirkungsvoll erschüttern will.

Wer ein Gesetz reformieren will, muß bestimmte leitende Prinzipien schaffen, die dem Ganzen als Direktiven vorangestellt werden. Als eine solche Maxime könnte man für das Strafrecht z. B. den Grundsatz aufstellen: das Leben muß mehr geschützt werden als das Eigentum. Für das Zivilrecht gewinnt jedes Wort prinzipielle Bedeutung, das der österreichische Soziologe und Schriftsteller Georg Selteny in seiner „Politik des Lebens“ prägte: „Nicht gleiches Recht, sondern ausgleichendes Recht.“ Das befragt: die Forderung nach dem gleichen Recht für alle klingt zwar außerordentlich demokratisch und in Zeiten politischer Stagnation sogar revolutionär, in Wirklichkeit aber ist sie höchst reaktionär und nur zu sehr geeignet, die breiten Massen des schaffenden Volkes zu entrecht. Man betrachte unter diesem Gesichtspunkt einmal die Bestimmungen des Rechts der Schuldenverhältnisse im zweiten Teil des B. G. B.: die Vorschriften über den Abschluß von Verträgen über Miet-, Dienst-, Werk-, Verpächterträge usw. sind auf der Basis des gleichen Rechts errichtet, d. h. der Gesetzgeber hat, um einen einzelnen Fall herauszugreifen, bei der Abfassung des Paragraphen über den Dienstvertrag Recht und Pflichten beider Teile unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Gleichheit genau abgemessen. Ebenso im Falle des Mietvertrages. Hier aber liegt die fundamentale Fehlerquelle. Der Arbeitnehmende, der bei dem Arbeitgeber Brot zu finden hofft, der Wohnungsuchende, der bei dem Vermieter Unterkunft sucht, sie sind die wirtschaftlich Schwächeren, für die das gleiche Recht nichts, das ausgleichende Recht alles bedeutet. Ein Gesetzbuch, das allen Staatsbürgern gerecht werden will, darf nicht, wie das B. G. B. es unablässig tut, die wirtschaftlichen Bedingungen und Abhängigkeiten der einzelnen Klassen übersehen. Das Symbol von der Göttin der Gerechtigkeit, die ihre Sprüche mit verbundenen Augen fällt, hat nur sehr bedingte Berechtigung; denn das Abwägen ist eine Tätigkeit, die volle Sehkraft erfordert. Ein Gesetzbuch, das seine Bestimmungen nach diesen Gesichtspunkten richtet, wäre nicht für die Ewigkeit geschaffen, aber von welcher menschlichen Institution überhaupt kann man dies sagen? Wohl aber würde sich ein solches Gesetzbuch dem evolutionären Charakter unserer Zeit anpassen und einen organischen Ausdruck empfangen, der von seiner gegenwärtigen Starrheit wohlthuend abstehen würde.

Der gleiche Gesichtspunkt vom ausgleichenden Recht ist nicht nur für die vertraglichen, sondern auch für die Vorschriften des Sachen-, Familien- und Erbrechts heranzuziehen. Beim Eigentumsrecht ist der Gesichtspunkt zu beachten, den wirtschaftlich Schwachen eine gesetzliche Stellung einzuräumen gegenüber dem Starken. Hierbei müßte sich der Gesetzgeber allerdings völlig von der durch die revolutionären Ereignisse überholten Auffassung freimachen, wonach das Privateigentum eine heilige, gewissermaßen von Gott selbst eingesetzte Institution sei. Der Gesetzgeber der Zukunft kann in der Beurteilung des Privateigentums viel von Rousseau lernen.

In den großen sozialen Bewegungen der Gegenwart spielt der Kampf für Mutter und Kind eine bedeutende Rolle. Während Norwegen an der Spitze der Länder marschiert, die die erlösende Formel für die Gleichberechtigung des außerehelichen Kindes gefunden haben, steht Deutschland dank einer bornierten Gelehrtenkaste, die es noch immer fertig bringt, physikalische Vorgänge mit moralischen Erwägungen zu verquicken, noch immer an letzter Stelle. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß auf diesem Gebiet schon die Jahre Wandel schaffen werden; mit um so größerem Nachdruck muß schon heute die Tatsache der wirtschaftlichen Unterlegenheit von Mutter und Kind geltend gemacht werden. Das gleiche gilt für die Bestimmungen über die Ehe, ihre Ansehbarkeit, ihre Nichtigkeit, wie ihre Scheidungsmöglichkeiten, wobei neben den psychologisch-individuellen vor allem auch das wirtschaftliche Moment Berücksichtigung verdient. Das gleiche gilt schließlich auch von den Bestimmungen des ehelichen Güterrechts, das, dem Zug der Zeit nach ökonomischer Verfestigung folgend, künftig in weit größerem Umfange als bisher die Gütertrennung beider Ehegatten wird berücksichtigen müssen.

Zu besonders schweren Kämpfen zwischen dem einzelnen und dem Staat wird die künftige Gestaltung des Erbrechts führen. Hier muß sich der Staat, der, jenseitig wir uns dem Sozialismus nähern, um so identischer mit dem Begriff der Gesellschaft wird, ein besonders starkes Vorrecht einräumen, um seinen Pflichten der Allgemeinheit gegenüber gerecht werden zu können. Es ist eine schon von den Rechtslehrern der Gegenwart viel belächelte Ungeheuerlichkeit, daß der Staat beim Erbanteil mit zahlreichen Lügen und Kosten den Erben fünften oder achten oder zehnten Grades suchen muß, der zu dem Erblasser auch nicht mehr die leisesten Beziehungen hat, ja, der sich vielleicht in einem andern Weltteil längst eine neue Existenz gegründet hat. Hier muß ein starkes Zugriffsrecht des Staates geschaffen werden. Auch die Erbfolge zwischen nahen und nächsten Verwandten muß in ganz anderem Umfange als bisher unter einem Steuerrecht gefaßt werden, im Vergleich zu dem unsere gegenwärtige Erbschaftsteuer nur als eine Spielerei angesehen werden kann. Es geht nicht anders, daß die nichtstehenden Erben bestehender Erblasser in den Genuß eines Vermögens geraten, zu dessen ökonomischer Bereitung sie nicht das Mindeste beigetragen haben. Das Prinzip des ausgleichenden Rechts besteht im Erbrecht darin, die kleineren Vermögen in bescheidenerem Umfange zu belasten, die größeren durch gewaltige Steuern bis auf ein Nichts einzuschränken; von einem möglichst eng zu begrenzenden Verwandtschaftsgrade aber, mindestens vom dritten Grade ab, hat der Staat das alleinige Konfiszationsrecht ohne Entschädigungspflicht.

Dies sind in großen Zügen die Gesichtspunkte, nach denen sich die künftige Reform des Zivilrechts zu richten hat. Die Arbeitererschaft, die heute ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor geworden ist, wird bei etwaigen Parlamentarischen Beratungen ihre Stimme zu erheben haben. Sie lassen sich durch den Hinweis auf die Einseitigkeit unseres Zivilrechts nicht täuschen. Der Bau ist morsch und reis, berannt zu werden. In den Augusttagen des Jahres 1896 wurde das Zivilrecht von bürgerlichen Juristen geschlossen. Am 1. Januar 1900 trat es in Kraft. Heute, nach 25jährigem Bestehen ist der Zeitpunkt gekommen, dieses mächtige Bollwerk der kapitalistischen Ära in Trümmern zu legen und es durch ein sozialistisches Gebäude zu ersetzen.

Volkswirtschaft

Die Belebung der Industrie.

Die Berichte, die die preussischen Handelskammern über den Geschäftsgang in Handel und Industrie im Monat August dem Handelsministerium erstattet haben, lassen eine Belebung fast aller Zweige des Handels und der Industrie erkennen. Diese ist in erster Linie eine Folge der Entwertung der Mark. Die Markverfälschung führte zu beträchtlichen Aufträgen aus dem Ausland, obwohl die deutschen Preise gegenüber denen vom Mai und Juni beträchtlich anwogen. Aber auch im Inlande zeigte sich große Kaufkraft, die zum Teil wohl einem vorhandenen Bedarf entsprach, zum nicht geringen Teil aber der Sorge vor weiteren Preissteigerungen entsprang. Aus der Konfektion wird sogar mitgeteilt, daß sie schon für den Sommer 1922 disponiert wäre. Die Belebung von Handel und Industrie hat die in den letzten Monaten verminderten Klagen wegen unzureichender Rohstofflieferung wieder sehr laut werden lassen. Dabei ist aber bemerkenswert, daß an Rohbraunkohle Ueberfluß herrscht. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier müßten Feierschichten eingelegt werden. Offenbar ist die mit vielem Tamtam propagierte Umstellung der Industrie auf Braunkohle bereits zum Stillstand gekommen.

Die gesamte Eisenindustrie berichtet über lebhaften Geschäftsgang; nicht gleichmäßig, aber im allgemeinen, besser ist auch die Lage der Maschinenindustrie. So ist der Automobilbau gut beschäftigt, der Lokomotivbau hat bis zum Anfang nächsten Jahres genügende Aufträge. Eine Belebung zeigt auch die Elektrotechnik. Allgemein gut lauten die Berichte aus der Textilindustrie. Ebenso liegt es bei Häuten und Fellen sowie in der Schuhfabrikation und im Schuhhandel. Die chemische Industrie verzeichnet lebhaftes Geschäft bei erhöhter Nachfrage im In- und Ausland. Nicht schlecht geht es auch der Zementindustrie, während über die Lage der Feinkeramik noch geklagt wird. Die Glasindustrie, bis auf Spiegelglas, ist ebenfalls gebessert. Aus der Holzindustrie lauten die Berichte nicht einheitlich. Die Brauereien verzeichnen einen stärkeren Absatz, ebenso die Tabakindustrie.

Bei allen diesen Berichten muß man sich vergegenwärtigen, daß sie von interessierter Seite stammen. Die Interessenten pflegen aber so lange zu klagen, bis man die Besserung nicht mehr leugnen kann. Ueberall finden sich in den Berichten Seitenhiebe auf die Lohnbewegungen der Arbeiter, obwohl die Löhne im Verhältnis zu den Preisen weit zurückgeblieben sind; die Wirkungen der Lohnbewegung auf die Rentabilität der Unternehmungen wird grau in grau gemacht, wenngleich man wissen mußte, daß bisher die erhöhten Löhne nur doppelt gesteigerte Gewinne gegenüberstehen.

Man kann sich also ein Bild machen, wie die Geldentwertung dem Privatkapital in die Hände arbeitet, während das Reich dabei Millionen zuseht. Hoffentlich zieht die Steuererhebung daraus die richtigen Schlüsse!

Die deutsche Seefischerei im Juli.

Jetzt liegen die Fangergebnisse der deutschen Seefischerei im Juli vor. Aus der Nordsee wurden 8 754 053 Kg. Fische (im Juni 6 808 534 Kg.) im Werte von 16 569 395 Mk. (rund 2 1/2 Mill. Mk.) an Land gebracht. Aus der Ostsee 2 608 487 Kg. (2,3 Mill. Kg.) im Werte von 10 605 281 Mk. (8,2 Mill. Mk.). Der Ertrag der Bodenseefischerei war rund 34 Mill. Kg. (rund 39 Mill. Mk.). Aus den Nord- und Ostsee-Fängen war die Heringsfischerei mit folgendem Anteil beteiligt: Nordseefische 200 335 Kilogramm (611 Kg.), Ostseefische 5 944 Kg. (42 271 Kg.). Die Fangergebnisse insgesamt sind also im Juli geringer gewesen als im Juni.

Rückgang der Baumwollenernte.

Aus Amerika kommt die Nachricht, daß die Verminderung der Baumwollanbaufläche wegen der großen, seit langer Zeit anhaltenden Unsicherheit auf dem internationalen Baumwollmarkt und wegen der Abfahrschwäche für Baumwolle, zu einem außerordentlich starken Ausfall in der Baumwollenernte geführt hat. Die heutige Ernte sei die schwächste seit 20 Jahren. Genaue Ziffern liegen noch nicht vor.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 5. September. Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	5. Sept.	8. Sept.
Holland	100 fl.	2897,50
Kopenhagen	100 Kr.	1592,50
Stockholm	100 Kr.	1967,50
Kristiania	100 Kr.	1202,50
Helsingfors	100 finn. Mk.	129,—
Schweiz	100 Frs.	1560,—
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	11,25
Budapest	100 K.	23,—
Prag	100 K.	110,75
Spanien	100 Pesetas	1187,50
London	1 £	340,—
Paris	100 Frs.	707,—
Belgien	100 Frs.	690,—
Italien	100 Lire	408,—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	91,50
do. briell. Ausz. od. Scheck		91,50
Bukarest	100 Lei	105,—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

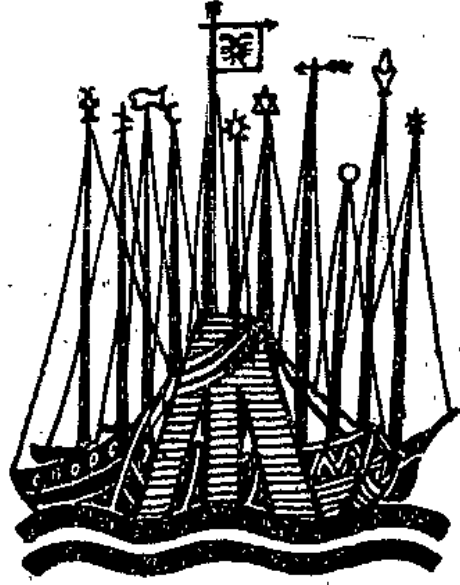
Angelommen am 5. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit Tage
D.		Kanal 2	Peterßen	Gothenburg	2
D.		Nordstern	Blumenberg	Raffö	6
	S.	Seel. 168	Hahn	Raffö	6
	S.	Seel. 105	Müller	Raffö	6
D.		Westk	Süßb	Frederikshaven	1 1/2
	S.	Vinea	Wentel	Burg/Rügen	4
	S.	Louise	Stadtmann	Apenraden	5

Angelommen am 6. September 1921.

D.		Delphin	Wiene	Kolbing	1
D.		Zorneo	Blomquist	Helsingfors	3
D.		Alpiaba	Jensen	Emden	2
D.		Capella	Benetás	Kastrup	2 1/2
	S.	Reiher	Knobm	Kastrup	2 1/2
	S.	Peitran	Zeitmann	Kastrup	2 1/2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. S. Leber; für Freistaat Lübeck und Teutonic Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaften August Schulz; für Insterbe Heinrich Steinberg. Drucker: Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Aus Anlaß der  Nordischen Woche

Großer Sonder-Verkauf

in allen Abteilungen unseres Hauses zu sehr billigen Preisen.

Eine starke Teuerung macht sich auf allen Gebieten bemerkbar. Wenn Sie die Kaufkraft Ihres Geldes voll und ganz ausnutzen wollen, so warten Sie nicht mit den Anschaffungen für Herbst und Winter, sondern kaufen Sie jetzt bei uns!

Kleiderstoffe für Herbst und Winter

Cheviotstoffe	reine Wolle, ca. 130 cm breit, marineblau	Meter 54,— und	48 ⁰⁰	Kostümstoffe	grau meliert, ca. 140 cm breit, auch für Knabenanzüge geeignet.	Meter	27 ⁰⁰
Mod. Streifen u. Karostoffe		Meter 58,— und	49 ⁰⁰	Kammgarn-Serge	marineblau, ca. 130 cm br.	Meter 120,— und	89 ⁰⁰
Serge	reine Wolle, doppeltbreit, in vielen Farben	Meter	52 ⁰⁰	Mantelstoffe	reine Wolle, ca. 130 cm breit, gute Flauchqualitäten	Meter 85,— und	72 ⁰⁰
Blusenstoffe, gestreift	in hellen u. dunklen Farbestellungen	Meter 21,— u.	14 ⁷⁵	Velour de laine	für Mäntel u. Kostüme, ca. 130 cm breit, mod. Farben	Mtr. 135,— u.	115 ⁰⁰
Schoffenstoffe	für Kinderkleider, doppelt breit in schönen Farben	Meter 36,— und	25 ⁰⁰	Gabardine	reine Wolle, marineblau und farbig, ca. 130 cm breit	Meter 120,— und	98 ⁰⁰
Popeline	reine Wolle, in großem Farbensortiment	Meter 62,— und	59 ⁰⁰	Hauskleiderstoffe	ca. 95 cm breit, hell und dunkel gemustert	Meter	24 ⁰⁰

Kleider-Seiden doppeltbreit in großem Farben-Sortiment	Meter 69 ⁰⁰	Eolienne Wolle mit Seide ca. 100 cm breit	Meter 95 ⁰⁰	Crepe de chine 100 cm breit in modernen Farben	Meter 95 ⁰⁰	Chiffon-Sammet ca. 70 cm breit, schwarz und farbig	Meter 125 ⁰⁰
--	------------------------	---	------------------------	--	------------------------	--	-------------------------

Leinen- und Baumwollwaren

Gardinen-Nessel	ca. 80 cm breit	Meter	6 ⁵⁰	Züchen, rot kariert	Deckbettbreite Meter 24,—, Kissenbreite Meter	15 ⁰⁰
Stouts, ungebleicht Nessel	ca. 80 cm breit, starke Qualität	Meter	9 ⁵⁰	Louisianatuch für Bettbezüge	140 cm breit, besonders gute Qualität	Meter 28 ⁰⁰
Wäschetuch für Leibwäsche	ca. 80 cm breit, feinfädige Ware	Meter	10 ⁹⁰	Bettsatin, weiß gestreift	ca. 140 cm breit, besonders gute Qualität	Meter 45 ⁰⁰
Handtuchstoffe, Gerstenkorn	mit roter Kante, ca. 48 cm breit	Meter	9 ⁸⁰	Bettuchstoffe	kräftiges Haustuch, Bettbreite	Meter 25 ⁰⁰
Gläsertücher, rein Leinen	rot kariert	Stück	10 ⁵⁰	Bettuch-Halbleinen	Bettbreite, Ia. Qualität	Meter 38 ⁰⁰
Handtücher	gesäumt und gebändert, weiß Gerstenkorn m. Jacquardbordüre	Stück	13 ⁵⁰	Hemdenbarchent	hell gestreift, besonders gute Qualität	Meter 12 ⁰⁰
Tischtuchstoffe, weiß Drell	ca. 130 cm breit	Meter	39 ⁵⁰	Rockbarchente	ca. 80 cm breit, in schönen Streifen	Meter 21,00 und 17 ⁵⁰

Damen-Taghemden aus gut. Wäschetuch, Achselschluß	24 ⁵⁰	Damen-Beinkleider mit Stickerei-Garnierung	22 ⁵⁰	Damen-Nachthemden Schlupfform m. Hohlsäumen verarb.	48 ⁰⁰	Damen-Untertailen mit Stickerei-Garnierung	12 ⁷⁵
---	------------------	--	------------------	---	------------------	--	------------------

Spitzen und Stickereien

Zwirnspitzen ca. 5 cm breit	Meter 1 ⁹⁵	Moderne Damen-Kragen für Kleider und Kostüme, in entzückender Ausführung 25 ⁵⁰ 15 ⁷⁵ 7 ⁵⁰	Wäschestickereien ca. 4 cm breit	Meter 1 ⁷⁵
Zwirnspitzen ca. 10 cm breit	Meter 3 ²⁵		Wäschestickereien ca. 8 cm breit	Meter 4 ²⁵
Klöppelspitzen ca. 4 cm breit, Spitzen- und Einsätze	Meter 3 ²⁵		Stickerei-Volants verschied. Muster u. Breiten Mtr. 11,50	9 ⁷⁵

Stor realisation till exempellöst billiga priser

Stort Udsalg af alle Slags Varer till meget billige Priser

Suuri Erikoismyynti Halvimmat hinnat

Holstenhaus

Lübeck

In unmittelbarer Nähe des Holstentores

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 6. September.

An die da oben.

Hört ihr des Hiesigen trostigen Schreit?
Seht ihr die Flamme steigen?
Wir von da unten, wir reden mit,
Brechen das hündische Schweigen.

Nähen in steigender Lebenslust,
Trotz eurer Härte und Kniffe,
Und zerfetzen den modrigen Wust
Stintender Freiheitsbegriffe!

Feuer im Blut und Sonne im Blick,
Halten wir neuen Germanen
Hoch auf den Schanzen der Republik
Trotzig die neuen Fahnen!

Seht ihr die Flamme? Seht ihr das Feuer?
Ringsum da steh'n unsere Wachen —
O, keine Rechnung werdet ihr mehr
Ohne die Arbeiter machen!!

Ernst Söhngen.

Geht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten für die am 18. November stattfindenden Bürger- und Kommunalwahlen liegen vom 8. bis einschließlich 15. September zur Einsicht aller Wahlberechtigten in folgenden Lokalen aus: Stadtgemeinde Lübeck in der Aula des Johanneums; Stadtteil Travemünde bei der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, Neustraße 3; Rüditz im Polizeibüreau; Siems-Dänischburg im Polizeibüreau; Dänischburg; Schlutup in der amtlichen Geschäftsstelle Westlosterstraße 1; Moisling und Genin: Einwohnermeldestelle Moisling; in den Landgemeinden, mit Ausnahme von Dummerdorf, im Hause der Gemeindevorsteher; in Dummerdorf bei Gastwirt Tedenburg. An den Werktagen können die Listen eingesehen werden von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags. Sonntags von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags. Diese Zeit gilt für alle Bezirke, mit Ausnahme von Dummerdorf, hier liegen die Listen von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags aus. Arbeiter, Parteigenossen, seht die Wählerlisten ein!

Künstliche Teuerung.

Kein Mensch will an der fortwährenden Verteuerung der Lebensmittel schuld sein. Einer türdet die Schuld dem andern auf, jeder sucht dabei einen besonderen Hebel zu machen und derweil treiben die breiten Volksmassen immer weiter ins Elend hinein. Ein Schulbeispiel haben wir bei der Milch, deren Preis auf Grund des Butterpreises errechnet wird. Butter ist immer noch ein rarer Artikel und steht demgemäß hoch im Preise. Die teilweise Verteuerung der Milch in Lübeck zwingt viele Familien zu weiterer Einschränkung dieses hochwertigen Nahrungsmittels. Und es ist eins gegen tausend zu weiten, daß man erst am Anfang der Preistreiber der Milch und deren Produkte stehen. Wir haben dies schon vorausgesagt. Heute wird diese logische Folgerung des wilden Gelderwerbs schon von kapitalistischen Blättern heftig angegriffen. Ein Artikel des Hamburger Fremdenblattes, das sich sonst im Lobpreis der freien Konkurrenz nicht genug tun kann, beschäftigt sich mit der Milchverteuerung und kommt nach einer Verurteilung der heutigen Methode zu folgendem Ergebnis:

Bei der Ermittlung der Butterauktionspreise geben nicht nur Angebot und Nachfrage die Richtung, sondern auch Spekulationsinteressen. Weite Kreise der Landwirtschaft wünschen den jetzigen hohen Butterpreis gar nicht. In Eutin z. B. hat der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer erklärt, für die Landwirtschaft sei ein Butterpreis von 22 Mark völlig ausreichend. Die Torheit ist nun, daß man eine üble Einrichtung weitergehen läßt. In Kreisen der Butterinteressenten besteht die Auffassung, daß wir zunächst ein vorübergehendes Sinken der Butterpreise erleben werden, dann aber ein erneutes Anziehen, vielleicht bis zu 45 Mark. Tritt das wirklich ein, dann muß die Milch in Hamburg über fünf Mark kosten. Daß die Bevölkerung das ruhig hinnehmen wird, ist kaum anzunehmen.

In dem Artikel wird der Schluß gezogen, daß, wenn kein anderer Weg beschritten werde, nur übrig bleibe, die Reichsregierung bestimmen müsse, daß der Inlandsbutterpreis eine bestimmte Höhe nicht überschreiten dürfe. Das heutige Verfahren der Feststellung des Milchpreises habe sich als überlebt herausgestellt. Weiter wird auf die Milchverbilligungsaktionen im Kreis Oldenburg, Plön und in der Provinz Lübeck hingewiesen und betont, daß diese für die städtische Bevölkerung noch viel notwendiger sei als für die ländliche. An derartige Maßnahmen lehnt sich weder Erzeuger noch Handel. Vor allem haben die Agrarier immer einen Grund zur Stelle, um ihre Profitgier zu beschönigen. Machte doch erst auf der Satenkreuztagung in München Dr. Röske das Auslandsgetreide für die Teuerung verantwortlich. Daß aber deutsches Getreide zum Auslandspreis gewuchert wird, und daß die geldhungrigen Agrarier diesen Weltmarktpreis mit allen Mitteln für deutsche Erzeugnisse erstreben, wird wohlweislich verschwiegen. Sie haben, wie ein anderer Redner sagte, die „verfluchte Judenwangswirtschaft“ beiseite, um unbeschränkt wuchern zu können. Nebenbei: Die „verfluchte Judenwangswirtschaft“ wurde Anfang 1915 mit der Brotaktionierung eingeführt und während des Krieges auf besonderen Wunsch der Obersten Heeresleitung immer mehr ausgebaut. Verantwortlich für die „Judenvangswirtschaft“ sind u. a. Reichmann, Helfferich, von Batocki, Lubendorf, Wilhelm II., Ehler von Braun, Hindenburg, General von Stein, kurz lauter Juden.

Wie man die Preise künstlich hochschraubt, wurde vorige Woche im Wirtschaftsausschuß des Danziger Volkstages ausgiebig erörtert. In Danzig sind über 25 000 Zentner Käse besserer Qualität zur Spekulation aufgestapelt. Der Preis schwankt zwischen 9 bis 15 M. In Milch und Butter mangelt es, weil man Volkstafeln produziert, obwohl diese Herstellung verboten war. Nun hat der Wirtschaftsausschuß die Ausfuhr verboten. Wenn sich nun die Spekulation nicht bequemen, auf den Ueberprofit zu verzichten, wird die Ware dem Verderben anheimfallen. Die Deutschnationalen allerdings legten sich für ihre Schillinge ins Zeug. Sie sind es auch, die unentwegt für ihre konservativen Freunde alten Schlages eintreten. Ihnen haben wir die Teuerung in erster Linie zu verdanken.

Zum Bezirksparteitag, der am 2. und 3. Oktober in Lübeck stattfindet, bitten wir die Parteigenossen, soweit es möglich ist, Delegierte bei sich aufzunehmen. Meldungen ersuchen wir unter Angabe, ob unentgeltlich oder gegen Bezahlung, an das Parteisekretariat, Johannsstr. 50, bis zum 15. September richten zu wollen.

Der Traub-Vortrag findet nicht statt! Vom Parteiherrn wird uns geschrieben: „Die Deutschnationale Volkspartei hatte zum Dienstag, dem 6. ds. Mts., einen Vortrag im Kolloseum angelegt, in welchem Pfarrer Traub sprechen sollte. Es wurde in den Inseraten besonders betont, daß keinerlei Parteipolitik berührt werden sollte, ferner keine Diskussion stattfinden würde; außerdem wurden hohe Eintrittsgelder festgesetzt. Da aber trotzdem in manchen Kreisen der Bevölkerung Bedenken besonders gegen die Person des Redners laut wurden, hat der Parteiherr mit Vorstandsmittgliedern der Deutschnationalen Volkspartei Rücksprache genommen und ihnen dringend empfohlen, unter Hinweis auf die politische Hochspannung und die Nordische Woche von der Abhaltung des Vortrages abzusehen. Obwohl die Herren nachweisen konnten, daß der Vortrag vor mehr als 3000 Personen vereinbart wurde und dadurch jede Provo-

absticht ausgeschlossen war, haben sie sich unter den obwaltenden Umständen bereit erklärt, dem Wunsch des Parteiherrn nachzukommen und den Vortrag vorläufig zu versagen.“ — Die „Lübecker Anzeigen“ sind über die verfallene Suppe mächtig in die Walle geseht. Sie rumpeln den „Volksboten“ in der bekannten Manier des blinden Stiers an und beweihräuchern die Deutschnationale Partei als ensagungsvolles Gebilde. Trübsinn ist die gestern schon erwähnte Ausrede, parteipolitische Erörterungen seien vor vornherein ausgeschlossen gewesen und ferner denklügelig worden. Die Herren im Amtsblatt wissen doch, daß die Nordische Woche schon ein halbes Jahr lang angekündigt ist, und eben diese Nordische Woche sollte ihnen ein Sprungbrett bilden, um die nationallistischen Saltos zu zeigen. Wir können die Wit der Alldeutschen verstehen. Sie stößt uns keineswegs und wir sind auch überzeugt, daß sie sich noch öfters auf ihre Selbstüberwindung hin werden prüfen müssen. Wenn aber die „Lübecker Anzeigen“ glauben, die Bevölkerung Lübecks in eine anständigen und eine unanständige zu spalten zu müssen, so brauchen wir für diese Verhältnisse der Krisenperiode keine besondere Aufrechterhaltung zu machen. Die „Lübecker Anzeigen“ sind die letzten, die ein Urteil über den Anstand abgeben können. Das beweisen sie schon dadurch, daß sie die große Mehrheit der Lübecker Bevölkerung als unanständig beschimpfen.

Berufswahl. Eine Entscheidung von größter Wichtigkeit ist die Wahl des Berufes. Diese Frage tritt jetzt an die zur Schulentlassung Kommenden und deren Eltern heran. Bei der Berufswahl ist nicht nur zu prüfen, ob eine Eignung in körperlicher oder geistiger Beziehung vorliegt, heute müssen auch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt werden, wenn Entschlüsse möglichst vermieden werden sollen. Die Zufriedenheit des einzelnen hängt zumeist davon ab, ob der von ihm erwählte Beruf ihm eine sichere Existenz bietet. Wenn bei den zurzeit herrschenden veränderlichen Verhältnissen auch nicht mit Sicherheit über die Aussichten eines Berufes bestimmte Angaben gemacht werden können, so kann doch unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände die dazu berufliche Stelle sachdienliche Aufklärung geben. In manchen Berufen ist heute die Verhältnisseveränderung wegen Ueberfüllung durch behördliche oder tarifliche Maßnahmen beschränkt, anderen Berufen fehlt es wieder an Nachwuchs. Es ist dringend nötig, daß die Beteiligten durch eine berufliche Stelle Aufklärung erhalten. Die beim Arbeitsamt, Untertrave 104, eingerichtete Berufsberatungsstelle und Lehrstellenvermittlung erteilt kostenlos Rat und Auskunft über alle Berufe, ihre Aussichten und die besten Ausbildungsmöglichkeiten. Die Sprechstunden in der männlichen Abteilung (Zimmer 10) finden statt täglich vormittags von 11—12 Uhr und Dienstags- und Donnerstagsnachmittags von 5—1/2 Uhr, in der Abteilung für Frauen und Mädchen (Zimmer 23) Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 12—2 Uhr und Dienstag nachmittags von 4—6 Uhr.

Beschaffung von Lehrstellen. Von der Berufsberatungsstelle und Lehrstellenvermittlung in Lübeck, Untertrave 104, wird umgeschrieben: Die Beschaffung von Lehrstellen mit freier Station für die zur Schulentlassung kommende männliche Jugend wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Viele junge Leute, die den Wunsch haben, eine ordnungsmäßige Lehre einzugehen, sind darauf angewiesen, im Hause des Lehrherrn Aufnahme zu finden, so bei dem Fehlen jeglichen Familienanschlusses oder wenn die eigenen Familienverhältnisse des Lehrlings dieses notwendig oder erwünscht erscheinen lassen. Es wird daher dringend gebeten, alle Lehrstellen mit freier Station der oben bezeichneten Stelle zu melden, insbesondere ergeht dieser Ruf an die Lehrherren in kleinen Orten auf dem Lande. Die Berufsberatungsstelle und Lehrstellenvermittlung wird die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit zu erfüllen suchen. Die Auswahl der Lehrlinge erfolgt nach Prüfung der Eignung durch die Berufsberatungsstelle durch den Lehrherrn selbst. Anmeldung der Lehrstellen kann schriftlich oder telephonisch (Fernruf Nr. 1055—1060) erfolgen.

Verband der Gärtner und Gärtnerei-arbeiter. Auf den Streich der Planarien der Firma Charlotte Grassi kam es seitens der Arbeiterinnen zur Arbeitsniederlegung. Die bisher gezahlten Löhne betragen 2 Mark pro Stunde; gefordert wurden 2,50 pro Stunde. Die Arbeiterschaft wird gebeten sich zu beachten.

Der Arbeiter.

Eine Erzählung von Stijn Streuvels.

3. Fortsetzung.

In Gedanken hatte sie es sich so zurechtgelegt: Wenn ich fertig bin mit Weizen und Anstreichen, mach ich den Garten — er wird schnell in Winterbeeten liegen, noch bevor es dunkel wird, das andere kann ich im Hause heute Abend bei Licht machen, und haben kann ich immer noch ... wenn die Kinder zu Bett sind — es ist noch viel Zeit bis morgen!
Aber es mußte fix gehen. An Müdigkeit dachte sie nicht. Und gedacht, getan, angefeuert durch das Vorgefühl der Freude, daß dies auch noch in Ordnung kommen würde, ging sie ans Werk.
Reißig und Stangen wurden aus der Erde gezogen, in Bündel gebunden und oben im Schuppen verwahrt.
Mit dem Schubkarren fuhr sie Mist auf die Beete — die Kinder halfen ihr ausbreiten, und sie selbst begann mit dem Spaten wie ein Mann die beiden Streifen Land zu fetten des Mittelwegs in Winterbeete einzuteilen. Sie grub die Furchen so gut und so tief wie nur konnte, hastig, gehetzt, ohne an Müdigkeit oder Ausruhen zu denken; — nun es einmal beschlossen war, mußte es auch ausgeführt werden.
Es war freilich mehr Arbeit dabei, als sie gedacht hatte, und sie war auch mühsamer; und als sie endlich fertig wurde, war sie im Schweiß gebadet, außer Atem, matt auf den Beinen, betäubt in Kopf und Glieder zererschlagen vom Geräusche. Aber trotz und zufrieden über ihr Werk, das war sie auch! Sie überblickte den Garten in seinem veränderten Aussehen, aber nun fiel ihr auf, wie klumpig die Erde dastand und wie verwittert, voll langgeschossener Triebe. Erregt ging sie in ihrem Arbeitseifer auf die Suche nach der Sedenfähre, voll Angst, daß sie sie nicht finden würde. Aber als es glückte, fing sie an zu kappen; beim letzten Tageslicht würde sie das wohl noch fertig kriegen. Nun erst würde es draußen rings ums Haus herum in Ordnung sein. Es tat ihr nur leid, daß es zu dunkel wurde, um aus der Entfernung das Ergebnis ihrer Geschäftigkeit zu sehen und das Ganze in Augenschein zu nehmen, um den Eindruck zu erraten, den es auf Zoo machen würde, nachdem er es drei Monate lang nicht mehr gesehen hatte.

Die beiden ältesten Kinder halfen noch, mit Harke und Mistgabel das von der Hecke Abgegrenzte zusammenzufahren und es hinter dem Stall wegzustopfen.
Mit einer Schüssel kaltem Brei und einer Schmitte Brot wurde die ganze Herde dann zu Bett getrieben, unter der Vermahnung, still zu liegen und gleich einzuschlafen.
„Sonst darf morgen niemand Vater mit abholen!“
Gätsche Manke nachgegeben, sie würde selbst auch in Schlaf gefallen sein. Nun sie ein Weibchen gefressen hatte, um etwas zu

essen, konnte sie beinahe nicht wieder aufstehen. Aber kein Gedanke daran, es war noch viel zu tun! Erst die Ziege gemolken und die Kaninchen besorgt, dann das ganze Blech- und Kupfergeschirr geschwemmt mit Sand und Seifenwasser! Alles andere Gerät bekam mit Bürste und Seifenwasser kein Recht. An der Dede, zwischen den Balken, aus allen Ecken wurden die Spinnweben vertrieben, und dann kam die Keihe an den Fußboden. Sie schrubste mit dem Besen, pumpte selbst das Wasser und ließ es eimerweise strömen, daß es durch die Gasse nach draußen floß. Als dann die Kisten trocken gebedelt waren, lagen sie leuchtend rot und lauber schimmernd da, und Manke war zufrieden mit ihrem Werk. Nun war ein tüchtiges Stück Arbeit getan, und es war noch nicht spät am Abend. Nun würde sie niemand mehr stören oder ihr in den Weg laufen oder daran stehen bleiben; und sie begann beim Licht der Lampe den Tisch zu festschnüren und dann die Stühle, und sie stellte sie in Reih und Glied, mit dem Sie nach der Wand, um sicher zu sein, sich nicht selbst darauf zu legen, solange sie noch lebten.

Ein letztes Mal schaute Manke noch umher, ob auch nichts vergessen war, und dann holte sie Mehl vom Boden, nahm das warme Wasser vom Herd und trug alles mitläm der Lampe eins nach dem andern ins Badhaus. Nun ging ans Baden. Während die Feuer anmachte, rechnete sie nach, wieviel Zeit sie noch brauchte, bis das Brot aus dem Ofen genommen und fertig sein würde, und da stellte sie heraus, daß noch etwas Zeit herauspringen würde zum Schlafen.
Sie machte den Teig für das gewöhnliche Weizenbrot, und mit der übrigbleibenden Hefe knetete sie etwas Mehl für ein Kuchenbrot. Das legte sie zum Aufgehen in die eiserne Pfanne und deckte es mit einem wolkigen Tuch sorgfältig warm zu.

Hier in der Stille der Nacht, in dem kleinen Badhaus, bei der Molligkeit und der Glut des Ofenfeuers, wurde es ihr so heimlich wohl, so warm ums Herz. Sie fühlte ein angenehmes Kiesel durch ihren ganzen Körper, und sie verzog darüber alle Müdigkeit und dachte auch nicht an die Ursache ihres Behagens oder an das, was sie morgen erwartete. Sie freute sich nur am Traulichem der Badstube, der hellen, wärmenden Flamme, an der Sorge um ihren aufgehenden Teig und am Knistern der trockenen Zweige, die sie ins Feuer warf. Sie mußte, daß alles nun schlief, daß in dem weiten Umkreis, wo es nun dunkel war, niemand mehr wagte, daß sie hier allein bei ihrem Ofen stand ... und dann, — und daß alles, was sie sich vorgenommen hatte, getan war und vollbracht. Welch ein Unterschied, wenn sie an den Morgen dieses selben Tages dachte, wenn eine Aufgabe, wenn sie zurückdachte an die Zeit, da sie noch nichts wagte und am Bestenfall sah wie alle die andern Tage ... und nun war es so nahe! Sie rief sich noch einmal vor Augen, wie der Brotträger gleich einer wunderbaren Erscheinung aufgetaucht

war, und wie dann plötzlich die aufregende Nachricht kam, worauf sie schon so lange in Ungewissheit gewartet hatte! Morgen, — nein, heute — denn es hatte schon zwölf geschlagen.

Nachdem das Brot in den Ofen geschoben war, setzte sie sich hin, weil sie doch aufpassen mußte, daß der Ofen nicht zu sehr überheizt würde, und träumte bei dem matten Schein der Lampe. Nun erst fühlte sie ihre Müdigkeit und die Wohlthat, ein wenig zu ruhen.

Von selbst eilten ihre Gedanken der Zeit voraus; sie sah, wie sie mit den sauber gepuderten Kindern und mit Emma den Weg zum Bahnhof ging, auf dem die Schritter ankommen mußten. Jetzt, zu dieser selben Stunde, in der Nacht, sollte der Zug dahin, irgendwo in Frankreich, und da lagen die Schritter oder lagen ruhig schlafen, abgearbeitet, erschöpft, und sie träumten von zu Hause, von ihrer Frau und von ihren Kindern. Das Verlangen, alles wiederzusehen, dasheim zu sein, lebte in ihnen, sie waren aufgeregt, ungeduldig, weil es so langsam ging und die Nacht nicht enden wollte. Und der Zug rollte, sollte nur so dahin in der Dunkelheit der unbekannten Gegenden; die Schritter sangen, die Harmonika erklang, und sie ließen sich dahinfahren auf gut Glück, ohne an Gefahr zu denken, ohne zu wissen, daß andre Züge den ihren auf den Schienen kreuzten und mit voller Gewalt heranbrauten. Sie näherten einander, und da — sie stießen zusammen und flogen in Schutt und Asche. Manke sprang auf mit einem untendriekten Schrei, sie sah eine Weile erschreckt um sich, rief den Ofen auf, und während der fröhlich wackelnde Duft in einer heißen Dampfvolke hekausalig und der Geruch des frischgebackenen Brotes das ganze Badhaus füllte, leuchtete sie mit der Lampe über die Brote, die mit schön braunem Glanz auf der Oberfläche ihrer Runden aneinandergereiht lagen, der ganze Ofen voll.

Manke lief schnell ins Haus, um zu sehen, wie spät es war — sie hatte geschlafen, geträumt — es war hohe Zeit, das Brot herauszunehmen. In großer Hast holte sie mit der Ofenstange die Brote aus dem Ofen. Der Traum hatte sie gruseln gemacht, sie war hänge geworden nun in der Einjamkeit der Nacht im Badhaus und wagte nicht aufzugucken nach dem schwarzen Fensterloch, aus Furch, ein Gesicht dort hereingucken zu lassen. Sie füllte ein Zylinder in ihren Beinen und ein Schaudern wie ein Angstfieber über den Rücken laufen. Alles, was sie anfaßte, machte doppeltes Geräusch, und sobald das letzte Brot aus dem Ofen war, schlug sie die Tür zu, flüchtete aus der Badstube ins Haus, vertriegelte die Tür und kroch ins Bett.
Sie fürchtete, daß zur selben Stunde wirklich ein Unfall geschehen wäre, daß es eine Vorahnung war ... Doch die Müdigkeit überwältigte ihre Unruhe. Eines aber beschäftigte sie noch ein Weisagen, ehe sie sich dem Schlaf hingab: daß sie infolge ihrer Nachtarbeit nicht zur rechten Zeit noch werden und morgen zu spät fertig sein würde.

*) Sie führt aus der Stube durch die Mauer ins Freie.

(Fortsetzung folgt.)

Angrenzende Gebiete.

Mitnahme von Handgepäck und Traglasten in die Eisenbahn. Das Höchstgewicht einer Traglast für Reisende 4. Klasse soll nicht mehr als 50 Kilogramm betragen.

Die Winterausgabe des Reichs-Kursbuches wird voraussichtlich am 26. Oktober zum Preise von 88 Mt. erscheinen.

Wb. Stgthallen-Lichtspiele. Ein Winter-Musikfilm „Die Wunder des Schneeschuhes“ von hervorragender Schönheit macht den gegenwärtigen Spielplan zur Sensation.

pb. Diebstahl. Bei einem Einbruchsdiebstahl in der Messingstraße find den Tätern außer einigen kleinen Geldbeträgen eine schwere goldene Herrenschmuckuhr in die Hände.

pb. Verhaftet. Wegen dringenden Verdachts, einem Hotelgast 8000 Mt. gestohlen zu haben, wurde eine auf dem Burgfeld wohnhafte Witwe festgenommen.

Niel. Entlassung von Werftarbeitern. Die erteilten Anträge auf Schiffsneubauten nähern sich, wie die Handelskammer Niel mittels immer mehr ihrer endgültigen Entscheidung.

Niel. Die Straßenbahner befinden sich seit einigen Tagen im Streik. Jetzt hat die Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft ihren sämtlichen Angestellten und Arbeitern durch Einzelbriefe mitgeteilt, daß sie sich als entlassen zu betrachten hätten.

Schleiswig. Milchmarkt. Die Stadtverordneten beschäftigten sich mit dem Milchpreis angesichts der neuen sprunghaften Erhöhung von 2,90 auf 3,50 Mt.

Friedland i. Medha. Ein Lehrer als Fallschützer. Hier wurde feinerzeit wegen Fallschützererei der frühere Lehrer Brestlin verhaftet, bei dem man vier zur Herstellung von Fallschütden gebrauchte komplette Werkstätten beschlagnahmte.

Stade. Das Leichtfertige Gantieren mit Schusswaffen hat in Niesel einen jülicheren tödlichen Unglücksfall zur Folge gehabt. Während die Eheleute Waffens beim Heuen waren, machte sich der allein im Hause anwesende 10jährige Sohn an der Jagdpistole zu schaffen.

Laucher von der Staatsoper in Dresden. Ein roter Zettel kündigte Richard Lauber als Tamino an. Also Laucher oder Lauber: auf jeden Fall fand ich diesen Tamino in Gefang und Darstellung „bezaubernd schön“.

Eine Modelfrau

veranstaltete am Sonntag die Firma Rudolph Karstadt. Daß für Modelführungen ein ungewöhnlich großes Interesse herrscht, war bekannt. Die Nordische Woche hat daher in weiser Voraussicht die gesamten Säle des Theaters für die Schau, für die sie sich die Firma Rudolph Karstadt gesichert hatte, am Sonntag nachmittag mit Beschlag belegt.

Die Nordische Woche.

Musterchau von Lübeds Industrie und Handwerk.

Die bedeutendsten Besucherzahlen der Musterchau übertraffen, wie uns geschrieben wird, die größten Erwartungen. Der Eröffnungstag brachte 4000 Besucher; diese Zahl steigerte sich bis zum Sonnabend auf circa 11.000, während der Sonntag über 20.000 Besucher zu verzeichnen hatte.

Gemäldeausstellung bei Möller.

In den Ausstellungsräumen des Kunstvereins Ludwig Möller hat die Vereinigung Lübeder bildender Künstler eine Anzahl Bilder ausgestellt, die allen denjenigen Freunden der Malerei, die sich mit den verschiedensten Richtungen nach nicht haben abfinden können, eine genügende Stunde versprechen.

Thomas Mann: Goethe und Tolstoi.

In Johannann sprach Thomas Mann am Sonntag vor überlittenen Saal. In wenig tief schillernder Weise wurden in elogiastischer Form Goethe und Tolstoi neben einander gestellt.

Interesse wachrufen konnten. Auf den sachlichen Inhalt einzugehen ist schwer, weil er nicht gab, sondern unterhielt. Immerhin ist ein unterhaltender Vortrag, der wenig gibt, besser, als einer, der viel geben will, und nur langweilt.

Dem Schluß konnte man nur schwer folgen. Den Gegenstand Moskauer-Nom, der den Haupteffekt liefern mußte, verstehe ich heute noch nicht.

Konzert in der Marienkirche. Die Nordische Woche brachte uns Sonntag nachmittag ein Orgellkonzert in der Marienkirche. Die große Hallenkirche war nicht nur bis auf das letzte Plätzchen besetzt, sogar auf den Zugängen zu den Kanzeln hatten noch Männlein und Weiblein in andächtiger Stille.

Die Zauberflöte, Oper von Mozart.

Die Fest-Aufführungen im Stadttheater fanden am Sonntag ihre Fortsetzung mit Mozarts köstlicher Zauberflöte. Direktor von Songardt hatte die buntestehende Handlung dieser Märchenoper in neun Bilder zerlegt und das Ganze mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen nach eigenen Entwürfen in Szene gesetzt.

Gewerkschaften.

Gewerkschaftliche Ideenpolitik.

Die Begründung der kommenden Lohnkämpfe.

Es hat immer zur Taktik der Arbeiterverbände gehört, bei Eintritt in eine Lohnbewegung, die unter Umständen einen Streik notwendig machen könnte, planmäßig die Öffentlichkeit über die Beweggründe zu diesem Vorgehen zu unterrichten.

Dieser Entwicklung entsprechend, schreibt die „Bresl. Volksmacht“, hat sich auch die Begründung der Lohnkämpfe stark verändert. Gerade hier werden volkswirtschaftliche Probleme von großer Wichtigkeit aufgerollt und die akademischen Vertreter der Arbeitgeberverbände sind natürlich mit allen Kräften dabei, diese Fragen im Sinne ihrer Brotherrn für sich zu gewinnen.

Zum Herbst sind in Deutschland große Lohnkämpfe zu erwarten. Unrühliche Anzeichen liegen dafür vor. Die Angleichung des heimlichen Preisstandes an die Weltmarktpreise wird eine beträchtliche Verteuerung wichtiger Unterhaltsmittel bringen.

Die Unternehmer können die Zusammenhänge, wie sie hier dargestellt worden sind, nicht leugnen. Sie werden zugeben müssen, daß irgend etwas geschehen, daß irgend ein Weg zur Verminderung der Aufblähung mit Zahlungsmitteln beschritten werden muß.

Die Arbeitnehmer können die Zusammenhänge, wie sie hier dargestellt worden sind, nicht leugnen. Sie werden zugeben müssen, daß irgend etwas geschehen, daß irgend ein Weg zur Verminderung der Aufblähung mit Zahlungsmitteln beschritten werden muß.

Einigung im Stein- und Kohlenbergbau. Im Reichsarbeitsministerium fanden zwischen den Arbeitgebern des Stein- und Kohlenbergbaues und den Arbeitnehmerorganisationen zentrale Verhandlungen zur Regelung der schwebenden Lohnfragen statt. Nach mehr als 12stündigen Beratungen wurde für alle Reviere mit Ausnahme des bayerischen Bergbaues eine Verständigung über Durchschnittssätze der vom 1. September ab zu leistenden Lohnerhöhungen erzielt. Die Verteilung der durchschnittlichen Lohnerhöhungen auf die einzelnen Arbeitnehmergruppen bleibt den Tarifverhandlungen in den Revieren vorbehalten. Diese Verteilung der durchschnittlichen Lohnerhöhungen auf die einzelnen Arbeitnehmergruppen bleibt den Tarifverhandlungen in den Revieren vorbehalten. Diese Verhandlungen sollen sofort aufgenommen werden.

Stand der Erwerbslosigkeit zu Ende Juli. Im Juli d. J. ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich weiter gesunken, nämlich von 315 458 am 1. Juli auf 269 424 am 1. August. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger betrug rund 206 000 (gegenüber 244 000), die der weiblichen 63 000 (gegenüber 71 000). Die Zahl der Zuschlagsempfänger, d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Erwerbsloser, stellt sich auf rund 300 000. Das Zahlenbild kommt damit demjenigen vom Juli 1920 wieder sehr nahe. Im Vergleich mit dem ungünstigsten Monat dieses Jahres, dem März, ergibt sich eine Verminderung um rund 143 000 Erwerbslose und 168 000 Zuschlagsempfänger. Die Besserung ist insbesondere auf den Bedarf der Landwirtschaft zurückzuführen, der aber in einzelnen Gebieten bereits wieder abflaut, ferner auf die Entladung des Baumarktes, der allerdings der Mangel an gelernten Bauarbeitern Grenzen zieht, sowie auf die fortwährende Belegung einer Reihe von Industriezweigen, in des Textils- und Bekleidungsindustrien, der Holzindustrie, der Metallindustrie, der Industrie der Steine und Erden usw. Sodann steht die Besserung des Arbeitsmarktes auf einigermaßen schwachen Füßen, da mit dem Beginn des Herbstes Landwirtschaft und Baugewerbe Arbeitskräfte wieder abgeben werden und der lebhaftere Geschäftsgang in der Industrie unvereinbar mit der Abwärtsbewegung der Valuta zusammenhängt. Auch muß bei der Bewertung des ganzen Zahlenbildes immer wieder daran erinnert werden, daß eine sehr große Zahl von Arbeitslosen in den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge, also außerhalb der normalen Wirtschaft, beschäftigt ist, daß die beträchtliche Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden, in den genannten Zahlen nicht berücksichtigt ist, und daß die deutsche Erwerbslosenstatistik vorläufig überhaupt nur die unterstützten Erwerbslosen erfasst, nicht aber diejenigen Erwerbslosen, die aus irgendwelchen Gründen Unterstützung nicht erhalten.

Protest der Verwaltungsbeamten. Der Reichsverband der Verwaltungsbeamten ersucht um Aufnahme folgendes Protestes: Trotz der Höhe der von der Reichsregierung angebotenen Mittel läßt die Art der gewählten Verteilung erkennen, daß nicht die Absicht, wirkliche harte Not zu lindern, ausschlaggebend gewesen ist, sondern der Entschluß, die alte überlebte unsoziale Abstandslehre der maßgebenden Geheimräte unter allen Umständen wieder durchzusetzen. Ein Staat, der in der Lage ist, zur Beseitigung der Notlage der höheren Beamten mit 30 000 M. Jahresgehalt diesen Beträge von 4000 M. und mehr zu bewilligen, muß auch den direkt hungernden Beamten der unteren Besoldungsgruppen, die schon längst wieder wie früher Frauen und Kinder zum Miterleidenden heranziehen müssen, die Mittel geben können, die ein bescheidenes Existenzminimum darstellen. Diesen Grundgedanken hat die Regierung mit aller Entschiedenheit abgelehnt und damit bekundet, daß sie nicht unbereitbar vorliegende Not beseitigen will, sondern daß es ihr offenbar wichtiger ist, das Prinzip des alten Obrigkeitstaates wieder aufzurichten, der die unteren Gruppen mit allen Mitteln und mit aller Macht vor allen Dingen auch wirtschaftlich niedergehalten hat. Der Reichsverband der Verwaltungsbeamten fordert daher den Deutschen Beamtenbund auf, solange jeden Vorschlag der Regierung zurückzuweisen, solange nicht ein Mindestzuschlag für die Gruppen 1 bis 5 zugestanden ist. Jede Verhandlung mit den Vertretern des alten Systems wie Geheimrat Kühnemann und Geheimrat Erntropel müßte unter allen Umständen abgelehnt werden, da die unteren Besoldungsgruppen sich von diesen Herren nicht länger verhöhnen lassen wollen.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung hat einen Umfang angenommen, der von dem einzelnen Gewerkschaftsfunktionär kaum noch übersehen werden kann. Die neuere Gesetzgebung, vor allem das Betriebsrätegesetz, erfordert allein ein ganzes Studium, das aber um der wichtigen Kenntnis willen geleistet werden muß. Unsere Gewerkschaftsfunktionäre müssen aber auch viele andere Gebiete des Arbeitsrechts beherrschen, um den an sie täglich gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Sie sind außerdem oft genötigt, in Betriebsverhandlungen usw. all diese Fragen und Probleme zu behandeln. Um aber auch diese speziellen Kenntnisse der Mitgliedschaft zu vermitteln, ist zunächst der Funktionär der geeignete Mann, der diese gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu leisten hat. Je umfassender der Funktionär die Materie kennt und das Thema beherrscht, desto leichter wird ihm seine Aufgabe, und um so größer wird der Nutzeffekt sein, der erzielt wird.

Eine wertvolle Hilfe bieten die kleinen Hefchen, die die Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in loser Folge herausgibt. (Im Abonnement bezogen kosten diese vierteljährlich 3 M., Gewerkschaftsmitglieder erhalten diese zum Selbstkostenpreis durch die Ortsauskünfte.)

Die kleinen Betriebsrätechriften enthalten u. a. die Geschäftsordnung des Betriebsrates (Arbeiter- und Angestelltenrat), in Heft Nr. 2, die Richtlinien für die Einstellungen und Entlassungen (§§ 78, 84-907) enthält das Heft 3, der Obmann im Kleinbetrieb findet alles Wissenswerte im 4. Heft, und die Frage: Wer ist zuständig bei Streitigkeiten? wird im 5. Heft ausführlich und orientierend beantwortet.

Über Begriff und Wesen einer Bilanz gibt das folgende, 30 Seiten starke Heft erschöpfende Auskunft, weiter lernen wir die Technik einer kaufmännischen Bilanz kennen und sind infolgedessen, eine Gewinn- und Verlustrechnung zu lesen und eine Unterbilanz und Nebenrechnung zu untercheiden, alles Dinge, die der moderne Betriebsrat beherrschen muß.

Das letzte uns vorliegende Heft 7 enthält Dispositionen und Grundzüge für Vorträge über das Betriebsrätegesetz und die damit zusammenhängenden Gesetze, welche insbesondere den rechnerisch tätigen Genossen innerhalb der Verbände sehr zufließen können. Indem wir hiermit auf die zu wenig bekannten Publikationen hinweisen, deren Lektüre zu empfehlen ist, da sie sehr populär abgefaßt und dem Studium leicht zugänglich sind, hoffen wir, daß alle aktiven Gewerkschafter sich angelegenlich sein lassen werden, diese Hefchen aufmerksam zu verfolgen.

Das Bildungsmonopol der Bourgeoisie müssen wir brechen und uns selber all die Kenntnisse aneignen, die uns Hilfsmittel und letzten Endes Mittel zum Zweck sind. Je intensiver gewerkschaftliche Bildungsarbeit betrieben wird, je intelligenter und geschulter jedes Einzelmitglied ist, um so größer werden die Erfolge sein, die die gesamte Gewerkschaftsbewegung zu verzeichnen haben wird.

Der Deutsche Eisenbahnerverband zu den Lohn- und Gehaltsangelegenheiten. Es wird vom Deutschen Eisenbahnerverband durch VTB. berichtet: Der erweiterte Vorstand des DVB. erteilt dem Reichsarbeitsministerium die Erklärung, daß die Regierung bei den vierstägigen Verhandlungen über unsere Lohn- und Gehaltsforderungen unter dem Druck und der geschickten Führung der Verhandlungskommission der beteiligten Gewerkschaften beachtenswerten Zuschnitt gemacht hat. Trotz aller Anerkennung des im Verhandlungswege Erreichten kann er sich jedoch der Auffassung nicht verschließen, daß in einigen ganz besonders wichtigen und grundsätzlichen Fragen die von der Regierung gemachten Zugeständnisse ungenügend sind. Dazu gehört die von der Verhandlungskommission mit aller Entschiedenheit verfolgte Forderung der Gewährung einer gleich hohen Zulage für alle Gehaltsempfänger, ferner die mit allem Nachdruck vertretene Forderung auf Beseitigung der Differenzierung der Ortsklassen für Lohn- und Gehaltsempfänger, sowie die während der Verhandlung wiederholt geforderte Erhöhung der Kinderzulage für die Arbeiter, und die Ausdehnung der Lohnerhöhung von 1 Mf. pro Stunde auf die unter 21 Jahre alten Lohnempfänger. Unter Berücksichtigung, daß die bisherigen Zugeständnisse der Regierung nur eine Etappe auf dem Wege zur notwendigen Verbesserung der Einkommensverhältnisse sind, steht der erweiterte Vorstand im gegenwärtigen Augenblick davon ab, auf den weitergehenden Forderungen zu bestehen. Er betont aber mit aller Entschiedenheit, daß die nächste Etappe der Bewegung den von der Arbeiter- und Beamtenchaft erstrebten sozialen Ausgleich bringe; nur die gegenwärtige Stellung des erweiterten Vorstandes ist nicht zuletzt die Tatsache maßgebend, daß dem Personal der Reichsbahnen auf dem raschesten Wege erhöhte Bezüge in die Hand gegeben werden müssen. Ohne also auf die weitergehenden grundsätzlichen Forderungen zu verzichten, erklärt sich der erweiterte Vorstand bereit, der von der Verhandlungskommission mit der Regierung getroffenen Vereinbarung beizutreten. Er erwartet, daß die Reichsregierung die Auszahlung der vereinbarten neuen Bezüge so rasch als möglich vornehmen wird. Zum Schluß gibt der erweiterte Vorstand der Erwartung Ausdruck, daß die Nachverhandlungen für die weiblichen und jugendlichen Personen unter 21 Jahren, sowie für die Beihilgen auf dem schnellsten Wege ihre Erledigung finden und von sozialem Geist getragen werden, und daß die Auszahlung auch für diese Gruppen sofort erfolgt.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1920. Nunmehr liegen alle Berichte von den dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften für das Jahr 1920 vor. Im ersten Quartal 1920 ist noch eine starke Zunahme der Mitgliederzahl festzustellen gewesen, dann erfolgte ein geringes Abflauen d. h. die innere Festigung des Mitgliederbestandes setzte ein. Im Jahresdurchschnitt 1919 betrug der Mitgliederstand 5 479 073 und im Jahre 1920 aber 7 890 102. Am Jahresabschluss 1920 war die effektive Mitgliederzahl 8 095 682 (davon 1 697 939 weibl. Mitglieder). Im Jahresende 1919 waren es 7 347 354 (1 615 999 weibl.). Die Gesamtzahl der Zweigvereine der berichtenden Verbände betrug 27 239 gegen 23 862 im Jahre 1919. Die Gesamtsummen der Zentralverbände belaufen sich auf 747 114 439 Mf. Davon waren allein rund 530 Millionen Mark Verbandsbeiträge. Die Gesamtsummen betragen 543 814 615 Mf., darunter allein für Lohnbewegung, Streiks und Ausperrungen 108 549 907 Mf. und für Arbeitslose 53 555 538 Mf. Der Vermögensausweis ist leider nicht vollständig, da der größte der Verbände, der Metallarbeiterverband und auch der Landarbeiterverband keine Angaben über ihre Bestände gemacht haben. Die übrigen Verbände weisen zusammen einen Kassenbestand von rund 270 Millionen Mark aus. — Aus diesen Ziffern wird die ungeheure Bedeutung dieser großen freiwilligen sozialen und wirtschaftlichen Bindungen der Arbeitererschaft erkenntlich. Sie sind ein bedeutungsvolles Stück unerklärlicher Organisation im Staate geworden. Nicht nur, daß sie für die ihnen angeschlossenen Arbeiter ein wirkungsvolles Mittel der Erleichterung bedeuten, sie sind auch für den Staat selbst und für die Dirigierung der Millionen von Volksmitteln ein Hilfsmittel, daß ihm in allen Fragen der Sicherung der republikanisch-demokratischen Staatsform zur Verfügung steht.

Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung und das Durcheinander in den Reichs- und Landesministerien. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung, die besonders im Gastwirtsgerwerbe die Not der Arbeitslosen ausbeutete, wurde durch Verordnung der Demobilisierungskommission und Landesregierungen, u. a. in Bayern, Baden, Württemberg, Mecklenburg, in Preußen in den Städten Berlin, Danzig, Königsberg, Stettin usw. verboten. Dieses Gewerbe, das keine Erleichterung hatte, war also zu einem nicht unbedeutenden Teile veräußert. Seit derselben Zeit datieren die Bestrebungen, das Arbeitsnachweiswesen gesetzlich zu regeln, die zu dem Arbeitsnachweisgesetz geführt haben. Trotz dieser Vorgänge hat der Reichsminister des Innern durch Erlass vom 23. Mai 1920 die Verordnungen, die auf Grund der Vollmachten der Demobilisierungskommission vom 7. November 1918 erlassen waren, aufgehoben und damit auch der Stellenvermittlung die Möglichkeit, zu neuem Leben zu erstehen, gegeben. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angehörigen hat in einer Eingabe vom 20. September 1920 unter Hinweis auf die obigen Tatsachen erjucht, die Verbote der Stellenvermittlung bis zum Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes, das dieses Gewerbe beseitigen soll, bestehen zu lassen. Inzwischen hat, wie uns berichtet wird, die bayerische Regierung Entschuldigungsanträge der Stellenvermittler, deren Gewerbebetriebe verboten sind, abgelehnt. Der preussische Handelsminister hat erst am 23. Juni 1921 angeordnet, daß in Rücksicht auf das kommende Arbeitsnachweisgesetz keine Konzessionen an Stellenvermittler erteilt werden sollen. Nunmehr scheint der Reichsarbeitsminister wieder wie vorher in entgegengelegter Richtung wirken zu wollen. Wie wir erfahren, soll der Reichsarbeitsminister durch einen vertraulichen Kunderlaß angeordnet haben, daß die Konzessionen der verboten gewesenen Stellenvermittlerbetriebe wieder Gültigkeit haben sollen. Sollte diese Mitteilung sich bewahrheiten, so hieße das dem Faß den Boden ausschlagen. Dieser Erlass stünde im strengen Gegensatz zu den Maßnahmen der preussischen und bayerischen Regierung, sowie der Absicht des Arbeitsnachweisgesetzes. Wir erwarten, daß der Reichsarbeitsminister für dringende Aufklärung zu dieser Angelegenheit sorgt. Die Gewerkschaften verlangen, daß die gewerkschaftliche Stellenvermittlung verschwindet und daß Maßnahmen von den Regierungsstellen verhindert werden, die geeignet sind, die gewerkschaftliche Stellenvermittlung in das Leben zurückzurufen.

Bootsunglück bei Berlin. Auf dem Hermsdorfer See erlitt sich ein schmerzliches Bootsunglück. Ein mit sieben Personen besetztes Boot kenterte und alle Insassen fielen ins Wasser. Es gelang, fünf Personen lebend zu bergen, zwei fanden den Tod.

Dampferstrandung im Tegeler See. Ein voll beladener Transportdampfer der Schultheis-Hagenhofer Brauerei ist infolge Rutschens der Ladung in die Fluten versunken. Aus dem Wasser ragen nur noch der Schornstein und die Kommandobrücke. Die Beladung sprang während des Sinkens des Dampfers ins Wasser, wobei ein Mann ertrunken ist.

Geheimnisvolle Millionenfalschung. Etwas mysteriöse geschäftliche Transaktionen, bei denen der Sohn des früheren Königs von Sachsen, Ernst Heinrich, eine Rolle spielt, beschäftigen augenblicklich die Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichter bei dem Landgericht 3 in Berlin. Ein Kaufmann Arius Winterfeld war zu einer ganzen Reihe angelegener fälschlicher Verbindlichkeiten in geschäftliche Beziehungen getreten, die ihrer Natur nach noch nicht auflösbar sind. U. a. soll es sich um eine Bohrgesellschaft Saxonia handeln, die in Galizien Erdölgruben gekauft haben soll. Trotz aller Bemühungen war es jedoch nicht möglich gewesen, diese Geschäfte, die in die Millionen gehen, völlig aufzuklären. Weichen Umfang diese Unternehmungen hatten, geht daraus hervor, daß der Prinz Ernst Heinrich allein mit circa 700 000 Mf., ein Kaufmann Heym mit 250 000 Mf. beteiligt ist. Einiges Tages war Winterfeld spurlos verschwunden. Sinter

Aus aller Welt. Ihm wurde wegen Betruges bzw. Unterschlagung ein Steckbrief erlassen. Wie sich jetzt herausgestellt hat, hatte W. sich für 6500 Mark ein Flugzeug gemietet und war über Hamburg und Weimen nach dem Rheinland geflogen, wo er sich nie lange an einem Orte aufhielt, sondern bald wieder weiterflog. Als er vor einigen Tagen auf Grund des Haftbefehls verhaftet wurde, fand man noch 284 000 Mark in barem Gelde bei ihm.

Die Bromberger Julinunruhen vor Gericht. Vor dem Bromberger Bezirksgericht fand in diesen Tagen die Verhandlung gegen die Hauptanklänger der Bromberger Unruhen vom Juli d. J. statt. Die Angeklagten, Angehörige der „nationalen polnischen Arbeiterpartei“, hatten eine Reihe schwerer Exzesse verübt, Schaufenster mit deutschen Aufschriften eingeschlagen, die Druderei der „Deutschen Rundschau“ gestürmt und schließlich den polnischen Stadtpräsidenten Maciaszewski schwer verletzt. Das Gericht verurteilte 14 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 2 Jahren, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Von einem Bären zerfleischt. In Nauendorf bezogen einige Bärenführer Ruhelager. Ein großer Bär war am Wagenrade des Wohnwagens befestigt. Trotz der wiederholten Warnung der Besizerin des Bären, diesem zu nahe zu kommen, gelang es dem Tiere, die 10jährige St., die zu nahe herangetreten war, mit der Lunge zu erfassen und niederzuschlagen. Dem mühen Bären gelang es, die Nasenringeloste loszureißen und den Maulkorb abzubrechen. Er richtete das bedauernswerte Kind durch Bisse in fürchtbarer Weise zu. Die Brusthöhle wurde aufgerissen, so daß die Lunge freiliegt, außerdem sind noch Knochen- und Rippenbrüche festgestellt worden. Die Verletzungen sind so schwerer Art, daß das Kind in Lebensgefahr schwelgt. Die Bärenbesitzerin, die sofort hinzuprang, wurde ebenfalls übel zugerichtet.

Ruhschwidemie am Niederrhein. In München-Glabbad herrscht Typhus und Ruhr. In der Stadt kamen bisher 67 Ruhschfälle, 52 Typhusfälle und 4 Todesfälle, im Landkreise 37 Ruhschfälle, 38 Typhusfälle und 11 Todesfälle vor. Die Epidemie scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben.

Wieder ein Sportkonzern geschlossen. Der Inhaber des Reichstonzerns, die Gebrüder Wolfermann, sind von der Dresdener Kriminalpolizei verhaftet worden. Die Einlagen bezifferten sich auf 22½ Millionen Mark. Die Unterbilanz beträgt 13 Millionen Mark. Geßfert sind an Bargeld rund 218 000 Mf. und für 100 000 Mark Wertgegenstände.

Der Verlobten Name auf der Bluse. Ob die Mode auch anderwärts Anklang finden wird, wissen wir nicht; aber in Serbien hat sie entschieden durchschlagenden Erfolg. Heute ist es dort sogar schon auf dem Lande Sitte, daß eine Braut den Namen ihres Verlobten mit großen Buchstaben auf ihre Bluse näht und diese Bluse nun mit bräutlichem Stolz trägt.

Ein geheimnisvoller Goldtransport. Aus Belgien wird gemeldet: In dem nach Paris fahrenden Orientzug entdeckten Kontrollbeamte auf dem Semliner Bahnhof im Schlafwagen eine Kiste mit Gold, die 64 Kilogramm dieses Metalls enthielt. Das Gold war nach Frankreich bestimmt. In demselben Zuge wurde in Lgram wieder eine Kiste mit Gold entdeckt. Die in die Affäre verwickelten Personen wurden verhaftet.

Theater und Musik.

Stadtheater. Im Rahmen der Festspiele, die anlässlich der Nordischen Woche im Stadttheater veranstaltet werden, erhielt am Sonnabend „Die Kleidermaus“ von Strauß als einzige Operette besonderen Glanz. Neuerlich durch das von Herrn Prof. v. Wagnetal-Wien Licht- und prachtvoll hergerichtete Souper in der Villa Orlofski, dem auch im wörtlichen Sinne eine Fülle neuer Lichter aufgesetzt waren und auf dem richtigen Feststimmung herrschte, obwohl durch verschiedene, nicht direkt zur Sache gehörige, zum Teil recht nette Einlagen der Fortgang der Handlung gekemmt und die Sache zu sehr in die Länge gezogen wurde. Sprühend brachte das Orchester unter Mannstedts Leitung die noch immer jugendfrische Musik zu Gehör. Ganzvoll war ferner die Besetzung der verschiedenen größeren Partien. Frau Schumann-Wien war als Ubele wirklich die Krone aller Stubenmädchen; bezaubernd im Gesang, scharmant und voll übermächtiger Laune im Spiel. Den Eisenstein gab Herr Tauscher-Dresden mit klugem, kräftigem Tenor und in überaus flotter Darstellung. Irma Terpani, wohl die beste „Garmen“ der deutschen Opernbühne, war gleichfalls aus der sächsischen Hauptstadt nach hier gekommen, um in der verhältnismäßig kleinen Rolle des Prinzen Orlofski ihre große Künstlerkraft zu zeigen. Einen mit neuen Zügen ausgestatteten, hübschen Gefängnisdirektor stellte Herr Baffil aus München auf die Bühne. Frau Schneider-Blaut schuf eine vornehme, klar gezeichnete Rosaline, Herr Wirtl-Frankfurt a. M. einen solchen Altes, Herr Degler-Hamburg einen temperamentvollen Falke, Herr Nadler-München ein erheiterndes Groch von süddeutscher Humorigkeit. Herr Schuberl einen tüchtigen Dr. Blind. Josef Blaut, der Vielsaitige, machte auf dem Feste des Prinzen Orlofski als Serechimus seine Scherze, während Frau Johanson aus Stockholm einige hübsche graziöse ausgeführte Tänze beisteuerte. Die ganze Vorstellung, von der der erste Akt geradezu hervorragend gelang, verlegte das dicht gefüllte Haus in die glücklichste Stimmung. — Anschließend daran war im Saalbau des Stadttheaters ein geselliges Beisammensein der Gäste der Nordischen Woche vorgesehen, das überaus zahlreiche Beteiligung fand. Hier gaben Frau Terpani und Herr Blaut sowie andere Künstler wiederum aus dem Reichtum ihrer Kunst.

Gerechtfalt.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Volksküche.

In den letzten Monaten ist der Umsatz in der Volksküche merklich zurückgegangen. Im Monat August gelangten 195 Portionen pro Tag durchschnittlich zur Ausgabe, eine sehr geringe Zahl. Fragt man nach der Ursache, so kann man mit Leichtigkeit feststellen, daß die Portionen immer kleiner werden. Eine Preissteigerung will die Verwaltung jedenfalls aus bestimmten Gründen nicht vornehmen, weil dadurch die Besucherzahl noch mehr abnimmt. Die Küchenverwaltung weiß sich aber zu helfen, und wendet dabei das bekannte Streckungsmittel an. Außerdem möchte ich auf einen Uebelstand hinweisen. Am letzten Sonntag war wieder das Fleisch vergriffen, so daß manche Besucher wieder umkehrten. Es war Gulausch verabreicht. Gulausch wird öffentlich angeboten, von einer Knappheit kann nicht die Rede sein und die Zubereitung dieser Fleischsorte ist einfach und kann mit Leichtigkeit angerichtet werden, wenn nur der gute Wille da ist. Da der Volksküche ein Betriebsrat fehlt, so unterbreite ich der Verwaltung folgenden Vorschlag: Sorge sie dafür, daß in Zukunft bei der Zubereitung der Speisen mehr Sorgfalt und Mühe ausgeübt wird, und Sorge sie ferner dafür, daß dreimal in der Woche Fleisch verabreicht wird. Natürlich gegen Sonderzahlung wie bisher. Ich kann versichern, daß dadurch der Betrieb wieder zu alter Blüte gelangt und die Zahl der Besucher merklich zunehmen wird. G. M.

Das Zahnpulver Nr. 23
reintigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert wird. In den Apotheken und Drogerien.

Die Arbeitgeber in Stadt und Land

werden dringend gebeten,
alle Lehrstellen, auch solche
mit Kost und Wohnung,
der unterzeichneten Stelle
baldfest aufzugeben. (6141)

Das Arbeitsamt.

Abteilung Berufsberatung und
Lehrstellungsvermittlung,
Untertrave 104.

Fernsprecher 1055-1060.

Hiermit sagen wir allen,
die uns zu unserer Hochzeit
so reich mit Geschenken und
Aufmerksamkeiten bedachten,
unsern herzlichsten Dank.

Willy Müller u. Frau Paula
6142) u. h. Malborg.

Am Montag morgen
2 1/2 Uhr entschlief sanft
nach langen Leiden
meine liebe Frau und
meines Sohnes treu-
sorgende Mutter

Doris Ehmcke

geb. Oldenburg
im 52. Lebensjahre.

Tief betrauert und
schmerzlich vermisst von
Chr. Ehmcke u. Sohn
nebst allen Angehörigen
Drögestr. 7a.

Trauerfeier Donner-
stag 1 1/2 Uhr im Kre-
matorium. (6150)

Bilanzsicherer Buchhalter

übern. sämtl. einj. Ar-
beiten stundenw. bill. Gefl.
Ang. u. B. L. a. v. G. (6122)

Gelucht ein Lehrling für
eine Tischerei u. Drehscherei
in Lübeck i. Meckl. (6120)
Weld. b. Koda, Dänischburg.

Suche Beich. i. Fischen u.
H. N. H. Ang. u. T. U. (6117)

Haus zu verkaufen.
6152) In der Mauer 118.

Guterh. Blockwagen 7. verk.
6145) Rothw. Str. 23a, II.

Herrn-Fahrrad billig zu
verkaufen. (6149)
Kerkerlingstr. 65, II. part.

Schöne Kartoffelstücken
zu verkaufen. (6134)
Steinröder Weg 53.

1 brauner Anzug für schl.
Figur. 1 Paar Damenstief.
Gr. 42 zu verkaufen. (6135)
Friedenstraße 44, II.

1 Valetot zu verkaufen.
6138) Heinrichstr. 15, I.

Zu verk. 1 auterh. eis. Ofen.
6114) Klappenstr. 31.

Grüne Plüschgarn, großer
Spiegel mit Stufe, 2schl.
Bettst. Vert. m. Sp., Chaisel-
Decke, m. Kinderm. bill.
6116) Fischergrube 56 I.

Ein Kinder- und ein Klapp-
sportwagen zu verkaufen.
6124) Loigangstr. 13, I.

Große Hemdenkisten zu verk.
6137) Pelzerstraße 9a.

9 große Küfen mit Stall,
1 Druck- u. Saugp. zu verk.
6139) Olandstr. 36 III.

30 Hund (Dobermann) 2. v.
Kageburger Allee 25a, II.
(6151)

3 Saß
Ferkel u. H.
Zugänger
zu verkaufen
6146) Schönbockener Str. 18.

40 prima
Ferkel und
Zugänger
bill. zu verk.
Mittwoch von 5-7 Uhr.
Königsstr. Zur alten Post.
(6147)

Heiderichl. Fozam, Kühen-
schranz u. Sofa gesucht.
6125) Al. G. v. d. Grube 5

Verleihen ein Sonnabend
ab. i. Linie 9 oder auf d.
Berg Markt. W. v. d. Grube
Küge e. H. v. d. Grube
(Zugänger) u. gold. Damen-
uhr. Abg. geg. gut. Belegn.
i. d. Barenbockerstr. 31, II. (6153)

Hierdurch nehme ich die
Beleidigung gegen die Ehe-
frau Schwerin zurück.
6133) H. Schwerin.



Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausnutz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

6127

Dank.

Allen Arbeitern und Angestellten Lübecks, die uns in unserem ge-
rechten Kampfe unterstützten, sowie den Herren Wirten, die uns ihr Lokal
kostenlos zur Verfügung stellten, dem A.D.G.B., der Afa und den Ver-
bänden, die uns ebenfalls ihre Hilfe zuteil werden ließen, sprechen wir
unsern herzlichsten Dank aus. Ein Teil unserer Kollegen, die noch gemäch-
regelt sind, sowie unsere Friseurin, die sich noch im Streit befinden, bitten,
daß sie auch weiterhin unterstützt werden. Eine Kasserstube befindet sich
im Gewerkschaftshaus, Tel. 225, wo gleichzeitig Gelegenheit zum Damen-
frisieren geboten ist. Bestellungen im Damenfrisieren, besonders auch im
Abonnement, werden umgehend ausgeführt. (6145a)

Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes.

J. A.: Herm. Koop.

Nehme Beleidigung gegen
E. Evers zurück. (6115)
A. Jabs,
Königsstr. 5.

Ich habe mich als
Facharzt für Hals-,
Nasen- und
Ohrenkrankheiten
in
Eutin
Oldenburger Chaussee 11
niedergelassen. (6119)
Tel. 372. Sprechst. 11-1 Uhr.
Dr. med. Seiler.

Tapeten-Reste

hat billig abzugeben. (6130)

Carl Nicol

Holsten-Drogerie
Reiferstraße 11.
Fernruf 3379.

Neues Volksliederbuch

mit Anmerkungen zur
Lautenbegleitung.

Preis Mk. 5.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Gegen Wanzen, Flöhe u. Läuse

Nimm **Riesolda** nur der Weise:
Augenblicklich wird gesund
Tier u. Mensch u. Nag' u. Hund.

In 1/2 Stunde vernichten
Sie unter
Garantie Kopf-, Fittz- und
Kleider-
sow. Brut (Niss.) Wanzen, Flöhe
b. Mensch u. Tier „Riesolda“,
g. gesch. Mitt. Wund. unsch. Verk.
nur: **Heinr. Wiese**, Aegidienstr. 4.
Preis 5 und 7.50 Mk. (6136)

Siedlung und Kleingarten

Vierseitige Zeitung in Kupfertief-
druck, reich illustriert, mit prak-
tischen Erläuterungen für Klein-
garten und Siedlung. Erscheint
alle 14 Tage. Bezugspreis für
die Volksbotenleser monatlich nur
fünfzig Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im Lübecker
Volksboten.

Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Der rote Frosch



wie er hier steht
ist Garantie
für Qualität

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder
Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz.

6122

Luisenlust. Mittwochs Tanz

Damen Eintritt frei. (5992)

Marthallenfö. 49.
Leb. Hale, Schiele,
Prima Steinbutt, Knurr-
hähne, Seeaal, Schellfisch.
R. Eggers.

Nordische Woche.

Dienstag, den 6. September:
Travemünde.
Nachmittags 3 Uhr:
Dampferfahrt n. Travemünde, ab Schuppen 9.
Nachmittags 5 Uhr:
Gesellschaftstee im Kurhaus Travemünde.
Abends 8 Uhr:
Tanzabend von Mary Wigmann im Städtischen
Kursaal in Travemünde. Anschließend Ge-
sellschaftsabend unter Mitwirkung des städti-
schen Orchesters.
Eintrittskarten zu Mk. 30.— an der Theaterkasse
in Lübeck und im Städtischen Kursaal in
Travemünde. (6126)

Eintrittskarten
zu Siegfried
Mittwoch, den 7. September und
Biberpelz
Donnerstag, den 8. September.
Infolge Rückgabe reservierter Karten ist noch
eine kleine Anzahl Eintrittskarten 1. bis 3. Gruppe
verfügbar. Abgabe an der Theaterkasse.

Deutscher Bauarbeiter-Verbd.

Ortsgruppe Lübeck.
Achtung!
Fachgruppe der Poliere
und Schachtmeister!
Am Mittwoch, d. 7. Sept.
abends 7 1/2 Uhr
findet unsere
**Monats-
Versammlung**
im Gewerkschaftshaus
statt.
Tages-Ordnung wird in
der Versammlung bekannt
gegeben.
6158) Der Vorstand.

Vereln der
Ost- und
Westpr.
Nonisversamml.
am Mittw.,
d. 7. Sept.,
abds. 8 Uhr,
im Turnerh., N. d. Mauer.
6144) Der Vorstand.

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Kassöffn. 6 1/2 Uhr.
Heinrich Ohde.
6111)

Gewerbe-gesellschaft.

Beschäftigung der Gewerbe-
schau für die Mitglieder
und deren Damen am 7.
8. oder 9. September, nach-
mittags 4 Uhr pünktlich.
Treffpunkt unter den Hol-
stentortürmen. (6118)
Eintrittskarten sind zu er-
mäßigtem Preise bei Herrn
Paul Rosin, Breite Str.
23 und bei Herrn C.
Hillewerth, Schwartau
zu entnehmen.

Geschäftseröffnung.

Einem geehrten Publikum von Lübeck die ergebene
Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage eine
Schuhmacherei
Kupferschmiedestraße 4
eröffne. Mein Bestreben ist, mir durch saubere Arbeit,
billigste Preise und reelle Bedienung Ihre werthe Kund-
schaft zu sichern. Hochachtungsvoll
Johns. Bewarder.
6140)

ist ein
wohlschmeckender
Kalkkakao für Kinder, werdende
und stillende Mütter, für Kranke
für Schwache und
Nervöse
in Apotheken
und Drogerien zu haben
Hergestellt von der Chemischen
Fabrik Mariensfelde GmbH
Berlin-Mariensfelde

HANSA- THEATER

8 Uhr. Täglich: 8 Uhr.
Sensationsspektakel

außerdem (6121)
das einzigartige
Riesen-Variété-Programm.

Stadttheater Lübeck.
Dienstag, 6. Sept. 7 Uhr.
Herodes und Mariamme.
Mittwoch, 7. Sept., 6.00 Uhr.
Siegfried. (6132)
Donnerst., 8. Sept., 8 Uhr.
Der Biberpelz.
Freitag, 9. Sept., 7 Uhr.
Der Schatzgräber.

Kammerspiele des Stadttheaters,
Fünfhäusen 17/19.
Mittwoch, 7. Sept. 7.30 U
Maria.
Donnerstag, 8. Sept., 7.30
Flamme.
Freitag, 9. Sept., 7.30 Uhr
Flamme.

Morgen Mittwoch nur Schwarzbrot-Abgabe.

Königsstr. 19, Zimmer 1. (6155)